

## Josef Schüßlburner

### V.

#### SPD in den Verfassungsschutzbericht? – Würdigung der Sozialdemokratie nach VS-Methodik

Und es entstand die erste, die goldene Zeit: ohne Rächer, ohne Gesetz, von selbst bewahrte man Treue und Anstand. Strafe und Angst waren fern; kein Text von drohenden Worten...<sup>1</sup>

Es gibt einen Standort der Freiheit, von dem aus die parlamentarische Demokratie ... in Bausch und Bogen zum alten Eisen geworfen werden muß. Ich beziehe diesen Standort, wenn es darum geht, die Dinge im großen Zusammenhang durchzudenken, um zu einem in sich geschlossenen System wünschbarer Weltorganisation zu kommen.<sup>2</sup>

Heil Dir, Lassalle!<sup>3</sup>

„SPD-Verbot jetzt!“, so die Forderung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.<sup>4</sup> Dieses ironisch gemeinte Ansinnen wird damit „begründet“, daß die „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie... sie als das gemeingefährlichste Gesundheitsrisiko für die geistige Stabilität der Wähler“ ausweise, „das jemals in irgendeinem Land der Welt Virulenz entfalten durfte“. Damit ist gemeint, daß die Sozialdemokratie, sofern sie erfolgreich regiert oder ihr zumindest nach den zur politischen Moralität führenden Kategorien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland kein Vorwurf gemacht werden kann, gar nicht so sozialdemokratisch handelt wie dies ihre Anhänger eigentlich erwarten und wie auch die politischen Lieder erwarten lassen, in denen „die letzten Schlacht“ „heilig“ genannt<sup>5</sup> und zu diesem Zwecke „das Sterben verlacht“<sup>6</sup> wird: Der kollektive Einheitsmensch, der sich durch brüderliches Händeneinanderlegen bildet, lebt ja ewig!

Das von ihrem Liedergut glücklicherweise abweichende Verhalten dieser Partei mag dabei auf einen Mangel an Mut oder auf bessere Einsicht zurückzuführen sein. Jedoch führt dieses von nicht-sozialistischen Gegnern der SPD durchaus begrüßte Abweichen der SPD-Politik von ihrer weltanschaulichen Konzeption und emotionalen Stimmung, was für diese Partei schon immer kennzeichnend gewesen ist, zu einer durchaus ernst zu nehmenden Problemstellung: Mit einiger Berechtigung ist nämlich angenommen<sup>7</sup> worden, daß sich die Begründung des

---

<sup>1</sup> So der römische Dichter *Ovid* über das goldene Zeitalter, das man unwiderruflich verloren wußte, während manche Sozialdemokraten es - immer noch - mit politischen Mitteln verwirklichen wollen!

<sup>2</sup> So *Erich Kuby*, in: *Martin Walser* (Hrsg.), *Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?*, 1961, S. 153, also in einem Gemeinschaftswerk von Linksintellektuellen, die für eine Regierung *Brandt* (SPD) eintraten; die Ideologiekomplexe Verfassungsschutz, Antiparlamentarismus und internationale Einbindung sind dabei in Anlehnung an *Nelson* (s. weiter im vorliegenden Beitrag), den eigentlichen Vater des Godesberger Programms, erhellend als sozialdemokratische Freiheitskonzeption zusammengefaßt.

<sup>3</sup> Beginn eines Gedichts zum Geburtstag von *Ferdinand Lassalle* vom Handarbeiter *A. Hinze*, in: *Social-Demokrat*, Nr. 56 vom 5.5.1865.

<sup>4</sup> S. *FAZ* vom 15.04.2005, S. 33: <http://www.faz.net/artikel/C30351/parteien-spd-verbot-jetzt-30198821.html>

<sup>5</sup> <http://www.youtube.com/watch?v=EtAVd4YnSto> der Text des SPD-Sonnenliedes:

[http://www.lieder-archiv.de/lieder/show\\_song.php?ix=300532](http://www.lieder-archiv.de/lieder/show_song.php?ix=300532)

<sup>6</sup> Eine Analyse des Sonnenliedes „Brüder, das Sterben verlacht...“- Gnostischer Mythos als Gemeinsamkeit der Sozialisten findet sich als 9. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung

<http://links-enttarnt.net/?link=kommantare&id=85>

<sup>7</sup> So *Wolfgang Abendroth*, *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur politischen Soziologie*, 1967, S. 152.

Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) für das Verbot der KPD<sup>8</sup> beinahe wie eine nachträgliche Rechtfertigung des gegen die SPD gerichteten Sozialistengesetzes des sog. Obrigkeitsstaates<sup>9</sup> ausnehme.

## Inkubation des Totalitarismus in der Sozialdemokratie

Dies würde bedeuten, daß die SPD auch bei Geltung des Grundgesetzes (GG) und bei Anwendung der primär gegen Parteiideen und -programmatische gerichteten Verbotskonzeption des Bundesverfassungsgerichts verboten, zumindest der Verfassungsschutzbeobachtung als Verbotsersatz unterworfen werden könnte, wenn das von der *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* - wofür seinerzeit das Kürzel „S(A)PD“ stand - im Jahre 1875 beschlossene Gothaer Programm oder das nachfolgende Erfurter Programm von 1891 noch Gültigkeit<sup>10</sup> hätten. Da sich die heutige SPD noch immer stolz auf diese Tradition bezieht, ist dies unter dem Gesichtspunkt des bundesdeutschen „Verfassungsschutzes“ (VS) durchaus von aktueller Bedeutung; denn schließlich hält der „VS“ etwa die „Neue Rechte“ vor allem deshalb für „verfassungsfeindlich“ und damit letztlich als (partei-)verbotsbedürftig, weil sie an die „konservative Revolution“ der 1920er Jahre anknüpfen würde. Die **verfassungsfeindlichen Folgen**, die die politische Verwirklichung der **humanitaristischen SPD-Programmatische** der 1890er Jahre gehabt hätte, werden schlüssig in der Schrift *Sozialdemokratische Zukunftsbilder*<sup>11</sup> des linksliberalen Reichstagsabgeordneten *Eugen Richter*<sup>12</sup> von 1892 dargelegt. Bei dieser Darstellung der Abläufe eines unterstellten absoluten Wahlerfolgs der *Bebel-SPD* wird einem gewahr, wie genau die Mechanismen, die in der späteren „Deutschen Demokratischen Republik“ („DDR“) zum „17. Juni“ führen sollten, sich bis in Rechtfertigungselemente und Mentalitätsschilderung hinein aus der Logik sozialdemokratischer Programmatische und Utopieverwirklichungssehnsucht („euer Sehnsucht Verlangen“ im Sinne des Sonnengesangs, das „Himmel und Nacht überschwillt“) voraussagen ließen. *Richter* konnte natürlich nicht die DDR-Gründung durch die Sowjetarmee vorausahnen, sondern er sagte mit einer frappierenden Plausibilität ein ähnliches Regime nach einem Wahlsieg der SPD, bezogen auf das gesamte Deutsche Reich voraus. Die Grenzflucht wegen der Erhöhung der Arbeitsnormen findet in der Negativutopie von *Richter* daher über die Schweiz statt. Die Schutzmannen, denen schließlich aufgetragen wird, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, tragen aus Gründen der Abgrenzung von der Polizei des „Obrigkeitsstaates“ keine blauen, sondern braune Uniformen! Damit dürfte überzeugend nachgewiesen sein, daß die „Deutsche Demokratische Republik“ im ideologie-historischen Kontext eine sozialdemokratische Möglichkeit dargestellt hat, zumal sich der Kommunismus, der den „realen Sozialismus“ der „DDR“ mit Hilfe mitwirkungsbereiter Sozialdemokraten wie dem früheren Justizminister des Landes Braunschweig, *Otto Grotewohl* (1894-1964),<sup>13</sup> verwirklichen sollte, unbestreitbar aus der *Bebel-SPD* hervorgegangen ist.

<sup>8</sup> S. BVerfGE 5, 85 ff.

<sup>9</sup> S. dazu die Ausführungen im 5. Teil der Serie Parteiverbotskritik: **Die Bundesrepublik - der freieste Staat der deutschen Geschichte?** <http://links-enttarnt.net/?link=kampfansrecht&id=60>

<sup>10</sup> Die Programme sind abgedruckt bei *Susanne Miller*, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatische der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismus-Streit, 1964, S. 308 ff.

<sup>11</sup> Abgedruckt in: Der Traum vom besten Staat, hrsg. von *Helmut Swoboda*, 1987, S. 345 ff.; Neuauflage mit Inhaltsverzeichnis und Leseproben s. bei:

<http://lichtschlag-buchverlag.de/programm/EugenRichter/SozialdemokratischeZukunftsbilder>

<sup>12</sup> S. zu *Eugen Richter*: [https://de.wikipedia.org/wiki/Eugen\\_Richter](https://de.wikipedia.org/wiki/Eugen_Richter)

<sup>13</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Otto\\_Grotewohl](https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Grotewohl)

Das Selbstverständnis der SPD, das ihr zumindest einen moral-politischen Wettbewerbsvorteil gegenüber der parteipolitischen Konkurrenz sichern soll, stellt sich allerdings etwas anders dar: Es handelt es bei ihr danach um die „eigentliche demokratische“ Partei Deutschlands, die mit (fast!) unveränderter Namensbezeichnung mehrere Systemwechsel überstanden und wegen ihres Eintretens für Demokratie und Freiheit Diskriminierung und Verfolgung erlitten hat. In der Tat wird der Leser der angeführten Parteiprogramme versucht sein, diesem Selbstverständnis etwas abzugewinnen, wenn er von der „Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken“ liest und die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe ohne Unterschied des Geschlechts zur Kenntnis nimmt. Wie kann sich aber aus einer derartigen, sicherlich „demokratisch“ zu nennenden, ansonsten relativ dürftigen Programmatik so etwas wie die von *Richter* aufgrund dieser Programmatik vorausgesagte „DDR“ ergeben? Zum einen könnte dies nach den Bewertungskategorien des bundesdeutschen „Verfassungsschutzes“ auf die unverkennbar identifizierbare antiparlamentarische Einstellung, die insbesondere im Gothaer Programm (modifiziert im Erfurter) mit der Forderung nach direkter Volksgesetzgebung<sup>14</sup> und auf die letztlich gegen das Gewaltenteilungsprinzip gerichtete Forderung auf „Rechtsprechung durch das Volk“ zurückgeführt werden. Nach der vom Bundesverfassungsgericht insbesondere beim SRP-Verbot angewandten Unterstellungsmethodik ergibt sich zum anderen diese verfassungsfeindlich Tendenz aber wohl noch mehr aus dem sogenannten „geheimen“<sup>15</sup> Parteiprogramm, d.h. aus den Reden führender Politiker und ihren Aufsätzen in der Parteipresse. Hierbei wäre etwa darauf hinzuweisen, daß *Lassalle* seinen Anhängern eingeschärft hatte, daß er mit seiner Forderung auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts „Revolution“<sup>16</sup> meine: Damit wird „Wahlrecht“ das „Code-Wort“ (VS-Terminologie) für eine im Zweifel doch nach Blut riechenden Herrschaftsausübung, die in der Tat der Vorstellung von *Lassalle* entsprochen<sup>17</sup> hat und dann der Forderung nach allgemeiner Wehrhaftigkeit und „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“ einen besonderen Sinn verleiht, den man nach bundesdeutschen Kategorien als „verfassungsfeindlich“ kennzeichnen müßte.

Im Falle der SPD ist allerdings die nach VS-Methodik zur Identifizierung von „Verfassungsfeinden“ und damit Verbotskandidaten zu ermittelnde „geheime“ Programmatik dann gar nicht „so geheim“ gewesen. Man braucht dazu die Begründung<sup>18</sup> von *Eduard Bernstein*, der im neueren SPD-Selbstverständnis häufig als Beleg für die Überwindung des parteiamtlichen Marxismus angeführt wird, für diese demokratischen Grundsätze lesen: „Die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß macht nicht das Wesen der Demokratie aus, wie diese heute zu verstehen ist. Wesentlich für die Demokratie in der Gegenwart ist die Selbstbestimmung bei gleichem Rechte und freiem Wort. Jede Beeinträchtigung des freien Wortes ist Beeinträchtigung der Demokratie“. „In diesem Satz sind „heute“ und „Gegenwart“ wichtig“,<sup>19</sup> weil dies in der Tat eine erhebliche, den Zeitumständen, vor allem der Parteitaktik

<sup>14</sup> S. *Miller*, a. a. O., S. 101, spricht insofern von der „Ablehnung des Repräsentativsystems“.

<sup>15</sup> „Ohne weiteres leuchtet ein, daß die Ziele, aus denen sich die Verfassungswidrigkeit einer Partei ergeben könnte, niemals offen verkündet werden“; s. BVerfGE 5, 85, 144 im Falle der KPD; das SRP-Verbot ist fast nur darauf gestützt.

<sup>16</sup> S. Nachweis bei *Dieter Groh*, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, 1973, S. 57.

<sup>17</sup> Zu diesem s. des Aufsatz des Verfassers: Sozialismus als deutsche Weltherrschaft. Wiederkehr der verdrängten Lehren Lassalles. Über die sozialdemokratischen Wurzeln des Nationalsozialismus, s. (dort auf S. 46 ff.): <http://ef-magazin.de/media/assets/pdf/ef079-screen.pdf#page46>

<sup>18</sup> S. *Eduard Bernstein*, Sozialdemokratische Völkerpolitik, 1917, S. 13.

<sup>19</sup> So zu Recht die Analyse von *Caspar v. Schrenck-Notzing*, Zukunftsmacher. Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft, 1971, S. 85.

geschuldete Relativierung des Demokratieprinzips ermöglicht, die ihren Ausgangspunkt allerdings in folgender Aussage von *Friedrich Engels* hat:

„Die Kommunisten, weit davon entfernt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit den Demokraten nutzlose Streitigkeiten anzufangen, treten vielmehr für den Augenblick in allen praktischen Parteifragen selbst als Demokraten auf. Die Demokratie hat in allen zivilisierten Ländern die politische Herrschaft des Proletariats zur notwendigen Folge, und die politische Herrschaft des Proletariats ist die erste Voraussetzung aller kommunistischen Maßregeln. Solange die Demokratie noch nicht erkämpft ist, solange kämpfen Kommunisten und Demokraten also zusammen, solange sind die Interessen der Demokraten zugleich die der Kommunisten.“<sup>20</sup>

*Friedrich Engels*, eine für die SPD wohl immer noch maßgebliche Person, hat ihn doch noch der SPD-Vorsitzende und Friedensnobelpreisträger *Willy Brandt* in seiner Eloge über „soziale Demokratie“ als „großen Deutschen“<sup>21</sup> gewürdigt, hat dabei zu einem Verhalten aufgefordert, für welches das Verdikt *Legalitätstaktik*<sup>22</sup> zutrifft, das der „Verfassungsschutz“ - den Sozialisten und „Rechtsextremisten“ *Hitler* vor Augen - sich für Gruppierungen ausdenkt, die sich legal verhalten, aber gerade deshalb aufgrund ihrer staatlich für „falsch“ angesehenen politischen Programmatik die größte Gefahr für Demokratie darstellen: Sie könnten gewissermaßen demokratisch die Demokratie abschaffen und diese Abschaffung, weil demokratisch vorgenommen, dann auch noch als „Verwirklichung der Demokratie“ ausgeben.

An derartigem hat die SPD selbst - vielleicht paradoxer Weise - historisch nicht zuletzt ihr parteiamtlicher Marxismus gehindert, wie er schließlich vom Chefideologen<sup>23</sup> *Karl Kautsky* ausformuliert worden ist: Wenn die marxistischen Erkenntnisse zutreffend sind, müsse man im Prinzip ja nur abwarten, bis der aus dem „Kapitalismus“, d.h. der bürgerlichen Gesellschaft sich ergebende „Kladderadatsch“<sup>24</sup> - für den man natürlich keine Verantwortung übernehmen könne - mit gewissermaßen naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit von selbst einstelle, wie es ja letztlich unsinnig wäre, für den Eintritt einer Mondfinsternis politisch tätig zu sein. Auch der alte *Engels* hat den kontinuierlich erscheinenden Stimmenzuwachs der SPD als Spiegelung dieser quasi-naturwissenschaftlichen Entwicklung verstanden, was auf die Vorstellung hinauslief, daß 51% SPD-Reichstagsmandate (legale) Revolution bedeuten würden. Aufgrund dieses „Attentismus“<sup>25</sup> konnte sich die SPD als „revolutionäre, aber nicht Revolution machende Partei“ verstehen, was ein Kokettieren mit blutrünstigen Erscheinungen wie der Pariser Kommune allerdings nicht gänzlich ausschloß.

Eine entsprechende Rede des Parteiheros *Bebel*, der die Vorgänge in Paris als für die SPD-Politik vorbildlich betrachtete, war das Hauptargument für den Erlaß des mehrmals verlängerten Sozialistengesetzes, das damit bei rechtsstaatlicher Bewertung sicherlich besser begründet war als das in seinen Voraussetzungen und Auswirkungen einschneidender wirkende bundesdeutsche SRP-Verbot<sup>26</sup> des Bundesverfassungsgerichts. Außerdem kann nicht verkannt werden, daß in der SPD große Erwartungen hinsichtlich eines europäischen

<sup>20</sup> Zitiert bei *Konrad Löw*, Das Rotbuch der kommunistischen Ideologie. Marx & Engels - Die Väter des Terrors, 1999, S. 56.

<sup>21</sup> S. *Willy Brandt*, Friedrich Engels und die soziale Demokratie, 1990, S. 12.

<sup>22</sup> Zur besonderen rechtsstaatswidrigen Hinterhältigkeit dieses VS-Vorwurfs, s.: <http://links-enttarnt.net/?link=verfassungsschutz&id=27>

<sup>23</sup> Zu dem von diesem vertretenen Sozialdarwinismus, s. (auf S. 24 ff.) <http://ef-magazin.de/media/assets/pdf/ef051-screen.pdf#page24>

<sup>24</sup> S. dazu *Schrenck-Notzing*, a. a. O., S. 60 ff.: Warten auf den Kladderadatsch.

<sup>25</sup> S. dazu *Groh*, a. a. O., insbes. S. 57 ff.

<sup>26</sup> S. BVerfGE 2, 1 ff.

Kriegs und die Hoffnung auf eine Durchsetzung der Armee mit sozialdemokratischen Elementen<sup>27</sup> bestanden.

### Verfassungsfeinde aus der Sozialdemokratie und ihre „Relativierung“

Trotz der sicherlich auch von besserer Einsicht getragenen biederen Verhaltensweise, die die demokratische Verwirklichung des Sozialismus ohne 51%-Mehrheit, die sich aber nicht einstellen wollte, ausschloß, trifft die Sozialdemokratie ein entscheidender historischer Vorwurf, der zumindest auf der Ebene der VS-Argumentationsmethodik auch von rechtlicher Relevanz ist: Die SPD hat vor allem über den parteiamtlichen Marxismus den (demokratischen) Totalitarismus nicht nur in Deutschland, sondern als für fast ganz Europa maßgeblicher sozialistischer Partei, generell ausgebrütet. Die Furcht *Bismarcks* vor einem „allgemeinen sozialistischen Zuchthaus“, die er anlässlich der Reichstagsdebatte<sup>28</sup> über das gegen die SPD gerichtete Sozialistengesetz zum Ausdruck brachte, sollte eine als prophetisch zu kennzeichnende Berechtigung haben. Die Einlassung von *Bebel* gegen diesen Vorwurf bestand in der Abgabe eines entschiedenen demokratischen Bekenntnisses,<sup>29</sup> das sich angesichts von Mauer und Stacheldraht der „Deutschen *Demokratischen* Republik“, die dem Begriff „allgemeines Zuchthaus“ einen architektonischen Ausdruck verleihen sollte, letztlich als haltlos erweisen. Die Demokratiekonzeption der klassischen SPD und der „ihr eigentümliche Freiheitsbegriff“ (*Susanne Miller*) schlossen derartige Entwicklungen offensichtlich nicht aus, weil sie sonst nicht von so unterschiedlichen Personen<sup>30</sup> wie *Eugen Richter* und *Otto v. Bismarck* zutreffend hätten vorausgesagt werden können. Der Demokratiebegriff von *Bebel* steht unverkennbar in der Tradition der „totalitären Demokratie“,<sup>31</sup> geht er doch davon aus, daß sich zwar der einzelne, nicht aber die Gesamtheit „irren“<sup>32</sup> könne. Im Zweifel dürften dann 51% der Abgeordneten (die für Sozialismus stehen) dann auch für die „Gesamtheit“ stehen, welche die anderen 49% irrtumsfrei als Volksfeinde („Klassenfeinde“) ausmacht, denen dann gemäß Volksentscheid keine Rechte zustehen, so daß die von *Bebel* zur Korrektur eines Volksirrtums vorgesehene freie Kritik stillschweigend abgeschafft würde: Und etwas anderes bedeutet der „Kampf gegen Rechts“ der bundesdeutschen Sozialdemokratie nun wirklich nicht.

Zur dieser Wende des Demokratischen ins Totalitäre hatte *Lassalle*<sup>33</sup> schon vorgearbeitet, indem er es von vornherein ausschloß, daß in seiner „freien Gesellschaft“ die Rechte des einzelnen überhaupt vergewaltigt werden könnten: In derartigen Befürchtungen konnte er nur „ätzenden Individualismus“ erkennen, der als individuelle Willkür der Freiheit des demokratischen Kollektivs entgegensteht. Läßt man sich auf diese **totalitäre Logik eines kollektivistischen Menschenbildes** - wie dies der bundesdeutsche „Verfassungsschutz“ nennt - einmal ein, dann kann man auch zum Ergebnis gelangen, daß es nicht unbedingt die 51%

<sup>27</sup> So der wichtige Hinweis bei *Peter Gilg*, Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland, 1965, S. 65.

<sup>28</sup> „Im Zuchthaus von heute ist der Aufseher wenigstens ein achtbarer Beamter, über den man sich beschweren kann. Aber wie werden die Aufseher sein in dem **allgemeinen sozialistischen Zuchthaus?** ... Die erbarmungslosesten Tyrannen, die je gefunden wurden“, zitiert bei *Siegfried Fischer-Fabian*, Herrliche Zeiten. Die Deutschen und ihr Kaiserreich, 1983, S. 124 (Hervorhebung hinzugefügt).

<sup>29</sup> *S. Miller*, a. a. O., 252.

<sup>30</sup> Der liberale *Richter* hat gegen das von *Bismarck* initiierte Sozialistengesetz votiert und deshalb seine „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder“ erst nach Auslaufen dieses Gesetzes veröffentlicht, um nicht als dessen Befürworter zu erscheinen; zur Bekämpfung der SPD hat *Richter* an Stelle von Verboten vorgeschlagen, man sollte die SPD-Pamphlete auf Staatskosten verbreiten.

<sup>31</sup> S. dazu *J. L. Talmon*, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, 1961, insbes. S. 34-45.

<sup>32</sup> *S. Miller*, a. a. O., S. 100 f.

<sup>33</sup> S. ebenda, S. 52 f.



sind, die irrtumsfrei den Volkswillen erkennen, sondern zumindest im „Kapitalismus“, der die Realisierung des wahren Volkswillens nicht zuläßt, ein bei weitem geringerer Prozentsatz an Erkennenden genügt. So führte denn auch die zeitgenössische SPD plebiszitäre Fehlentscheidungen<sup>34</sup> wie die Einsetzung von *Louis Napoleon* zum Kaiser von Frankreich darauf zurück, daß die sozialen Bedingungen, die für die Erkenntnis des wahren Volkswillens erforderlich seien, noch nicht vorlägen, d.h. erst im Sozialismus kann man dann erst das Plebiszit oder gar Demokratie zulassen. Vorher müssen die wahrhaft Erkennenden unter dem Banner der Demokratie Revolution machen, um den Sozialismus zu erzwingen. Eine derartige Argumentation richtet sich nicht nur gegen den Obrigkeitsstaat, wie SPD-apologetisch gelegentlich behauptet wird, sondern auch gegen den „bürgerlichen Parlamentarismus“, gegen den in dieser Partei während der Weimarer Republik, mit der die SPD von ihren Gegnern eher zu Unrecht identifiziert<sup>35</sup> wurde, erhebliche Vorbehalte bestanden: „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“, war ein kennzeichnendes Schlagwort, dem auch der spätere *Willy Brandt*<sup>36</sup> folgte. Deshalb hat sich die SPD trotz Republik 1925 nicht in der Lage gesehen, im Heidelberger Programm der sozialistischen Utopie abzuschwören, an der gemessen naturgemäß auch die (demokratische) Republik verdammt werden mußte.

Es dürfte aber klar sein, daß der im Vergleich mit der Programmatik paradoxe „Attentismus“ der SPD, der sie selbst immerhin vor der Verwirklichung ihres doch eigenartigen (nach FDGO-Maßstäben) verfassungsfeindlichen Programms zurückschrecken ließ, auf Kosten ihrer sozialistischen Glaubwürdigkeit ging. Dabei ist leicht nachvollziehbar, daß diese Haltung bei wesentlichen Teilen der ursprünglichen, vom **sozialdemokratischen Gerichtigkeitsverlangen** getriebenen Anhängerschaft auf den Vorwurf des Verrats<sup>37</sup> stoßen mußte: „Wer hat uns verraten - Sozialdemokraten!“ Deshalb sollte nicht verwundern, daß alle politischen Führer, die das kaiserliche Deutschland und danach die Weimarer Republik in eine „demokratische“ Rätediktatur umwandeln wollten, aus der SPD hervorgegangen sind: *Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Ruth Fischer, Heinz Neumann* und *Ernst Thälmann*, um nur die Bekanntesten zu nennen. Einige Anhänger dieser Verfassungsfeindlichkeit wie *Willy Brandt* und der Komintern-Agent und Schreibtischtäter<sup>38</sup> *Herbert Wehner* sind dann wieder an prominenter Stelle zur SPD zurückgekehrt. Desgleichen sind die maßgeblichen Personen, die die DDR-Diktatur errichtet haben, aus der SPD hervorgegangen: *Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck* und eben *Otto Grotewohl*. Im internationalen Rahmen lauten die bekanntesten Namen, die für Totalitarismus und Diktatur stehen und aus der jeweiligen sozialdemokratischen Partei hervorgegangen sind, die sich jeweils an der SPD als Mutter der (mittel- und ost-) europäischen Sozialdemokratie ausgerichtet hatte: *Wladimir Iljitsch Lenin, Josef Stalin, Boleslaw Bierut, Georgi Dimitroff, Bela Kun, Josef Pilsudski, Matyas Rakosi* (und schließlich auch *Benito Mussolini*). Dabei ist es den aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen Verfassungsfeinden oder (im bundesdeutschen VS-Slang gesprochen) Linksextremisten nicht um eine Abkehr von der - sozialdemokratischen - Ideologie gegangen, sondern um ihre entschlossene Verwirklichung, indem sie die „Sozialdemokratie bei ihrem revolutionären Wort nahmen.“<sup>39</sup>

<sup>34</sup> S. ebenda, S. 102.

<sup>35</sup> So zu Recht *Heinz Höhne*, 'Gebt mir vier Jahre Zeit'. Hitler und die Anfänge des Dritten Reichs, 1996, S. 22.

<sup>36</sup> S. [http://www.rowohlt.de/fm/131/Monographie\\_Brandt.pdf](http://www.rowohlt.de/fm/131/Monographie_Brandt.pdf) (dort S. 11); s. zuletzt umfassend: *Franz Walter*, „Republik, das ist nicht viel!“. Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus, 2011, 454 S.

<sup>37</sup> S. dazu das Buch von *Richard Wiegand*, „Wer hat uns verraten ...“ Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution. Ahriman-Verlag 1999, mit einem Vorwort von *F. E. Hoevens* und zahlreichen ergänzenden Materialien.

<sup>38</sup> S. *Reinhard Müller*, *Herbert Wehner - Moskau 1937*, 2004.

<sup>39</sup> So *Eduard Bernstein* über *Rosa Luxemburg*, deren Isolierung innerhalb der SPD er bedauerte, s. *Groh*, a. a. O., S. 210.

Alle Versuche, die nach Abspaltung der Kommunisten seitens der Sozialdemokratie gemacht wurden, diesen die sozialistische Legitimität abzusprechen, sind dementsprechend wenig überzeugend gewesen. Die Kommunisten konnten sich sogar mit größerer Berechtigung als die „revisionistische“ Sozialdemokratie auf die Gründungsväter *Marx* und *Engels*, aber auch auf *Bebel*, *W. Liebknecht* und letztlich bei aller Gegnerschaft auch auf *Kautsky* selbst<sup>40</sup> berufen. *Lenin*, *Stalin* und Co. konnten sich zugute halten, endlich umzusetzen, wozu die Sozialdemokratie nie die Nervenstärke aufgebracht hatte. Wenn es der kommunistischen Seite gelang, die Initiative zu ergreifen, geriet die Sozialdemokratie deshalb in eine fatale Defensive. Dieser hätte sie nur durch generelle Abkehr von ihren - in bundesdeutscher VS-Terminologie gesprochen - linksextremen Gedankenguts entkommen können, indem sie etwa offen bekannt hätten, daß die Vorstellung *Bebels* von einer absoluten Interessenharmonie in der klassenlosen Gesellschaft,<sup>41</sup> die er insbesondere in seinem bekannten Hauptwerk *Die Frau und der Sozialismus* ausbreitete, zumindest spätpubertären Unsinn, wenn nicht politikriminelle Verrücktheit darstellt: „Das Irreale dieser Konstruktion ist grotesk“<sup>42</sup> und dem Wahn verpflichtet, die dichterische Nostalgie eines *Ovid* machtpolitisch als „Zukunftsstaat“ zu verwirklichen.

Da die Sozialdemokratie ersatzreligiös von einer derartig linksextremen Weltanschauung nicht loslassen konnte, ist es zu erklären, daß es in Rußland von 1917 einer Hundertschaft von Berufsrevolutionären relativ leicht gelingen konnte, die bei weitem größerer Anhängerschaft der Sozialdemokratie auszuschalten. *Kerensky* teilte nämlich als Sozialdemokrat letztlich das geschichtsphilosophische Ziel der Bolschewiken, wollte es nur nicht mit der den Kommunismus kennzeichnenden Radikalität umsetzen. Dieser Radikalismus ist jedoch nichts anderes als „der Versuch, ein von der (sozialdemokratischen, *Anm.*) Geschichtsphilosophie aufgezeigtes Entwicklungsziel unmittelbar zu verwirklichen, die säkularen Entwicklungslinie auf wenige Willensakte zusammenzudrängen. In diesem Versuch verschwindet jede zeitliche Perspektive.“<sup>43</sup> Was die Sozialdemokratie in ihrem „Attentismus“ abwarten ließ, weil es ja sowieso kommen mußte, fordert die Radikalen zum entschlossenen Handeln auf, deren verbrecherischen Methoden sich durch das hehre Ziel der Menschheitserlösung im Sinne der paradiesischen Endzeit-Erwartungen eines *Bebel* rechtfertigten: „Je heißer die Liebe zur Menschheit ist, je glänzender das Glück der Erde ist, das man erhofft und erstrebt, desto leidenschaftlicher ist der Haß gegen die Menschen, die dem allgemeinen Menschenglück entgegenstehen.“<sup>44</sup> Wer kann dabei nicht den bundesdeutschen „Kampf gegen Rechts“ erkennen, der die „Rechten“ dafür verantwortlich macht, daß sich die sozialistischen Wunschvorstellung, die doch nur das Gute wollen, nunmehr in Form einer Bunt-Republik einfach nicht einstellen wollen? Dies kann doch nur auf die Börsartigkeit von „Rechts“ zurückzuführen sein, nicht wahr?

**Der Unterschied zwischen klassischer SPD und Linksextremisten ist daher kein prinzipieller, sondern ein methodischer.** Bei rechtsstaatlicher Betrachtungsweise, wonach den Staatsorganen nur Handlungen und nicht Überzeugungen der Bürger zu interessieren haben, müßte dieser Unterschied rechtlich allein maßgebend sein, was sich im Ergebnis dann doch zugunsten der SPD auswirkt. Bei der ideologiestaatlichen Methodik des bundesdeutschen „Verfassungsschutzes“ spielt dieser Unterschied allerdings keine so große

<sup>40</sup> S. *Miller*, a. a. O., S. 241 spricht auch in Bezug auf das Denken von *Kautsky* davon, daß es auf eine „totalitäre Demokratie“ hinauslaufen würde, wobei hinzuzufügen ist, daß er dies immerhin selbst - im Gegensatz etwa zu *Bebel* - ansatzweise erkannt hatte, was auch seinen Haß auf die Bolschewiken erklärt, denen er nicht zugestehen wollte, daß sie sich zu Recht auf *Marx* und *Engels* bezogen.

<sup>41</sup> S. *S. Miller*, ebenda.

<sup>42</sup> So *Gilg*, a. a. O., S. 70.

<sup>43</sup> So *Curt Geyer*, *Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*, 1923, S. 38.

<sup>44</sup> So *Freund*, zitiert bei *Helmut Schelsky*, *Die Arbeit tun die anderen*, 1977, S. 120.

Rolle, weil im Interesse des weit vorbeugenden Demokratieschutzes unterstellt wird, daß bei politisch günstigen Umständen aufgrund der verfassungsfeindlichen Einstellung, nämlich der mit Haßkreation einhergehenden Gutmenschenattitüde, doch zu den undemokratischen Methoden gegriffen würde. Bei Betrachtung der Geschichte der Sozialdemokratie im weiteren Sinne könnte sich die dadurch zum Ausdruck gebrachte amtliche bundesdeutsche Verdächtigungspolitik, die sich allerdings nicht gegen die bundesdeutsche SPD richtet, ist sie doch weitgehend Instrument der SPD (und dürfte bald eines der Ex-SED werden), insofern bestätigt sehen, als immer wieder das **Bedürfnis** der Genossen aufgetreten ist, **zu den geistig linksextremen Wurzeln zurückzukehren**, doch wieder zur „Arbeitereinheit“ zusammenzufinden, Aktionsbündnisse wie „Volksfront“ zu schmieden und (SED-SPD) „Dialogpapiere“<sup>45</sup> zu errichten, womit nicht zuletzt der **gemeinsame historisch-ideologische Ausgangspunkt von SPD und Linksextremismus** bekräftigt wird. Die **Abgrenzung zwischen SPD und Linksextremismus** ist nach erbitterten Kampfphasen, in denen man sich gegenseitig unter Faschismus-Verdacht stellt, immer wieder **der** sich jeweils akzelerierenden **Erosion ausgesetzt**, wobei die SPD dann nicht davor zurückschreckt, ihre eigenen von Kommunisten verfolgten Genossen zu verraten,<sup>46</sup> um neue Bündnisse mit Linksextremisten zu schmieden, was im Falle der (sozialdemokratischen) VS-Politik „gegen rechts“ völlig ausreichend wäre, den Extremismus-Vorwurf zu erstrecken: Wer mit Extremisten Bündnisse schmiedet, ist selbst Extremist, womit bei einer rechtsstaatlich gebotenen objektiven Handhabung selbstverständlich die SPD im VS-Bericht zu erfassen wäre: Zumindest wenn die VS-Berichterstattungsmethodik nicht geändert wird, was aber nicht getan wird, weil sonst kein amtlicher „Kampf gegen rechts“ vermittels der Inlandsgeheimdienste zu führen wäre.

Dabei müßte es sich aus der Perspektive des „Verfassungsschutzes“ auch noch als zweifelhaft darstellen, ob die Rückkehr von (ehemaligen?) Linksextremisten, wie des Ex-Komintern-Agenten *Herbert Wehner*<sup>47</sup> zur SPD genuiner und nicht bloß taktischer Natur ist, was sich dadurch erklärt, daß zum jeweiligen Zeitpunkt der Radikalismus gerade geringere Erfolgsaussichten hatte als der (in diesem Fall: gute) „Revisionismus“. Dies stellt gerade im Hinblick auf die SPD ein gewichtiges Problem dar: „Als die SPD 1966 in die Bundesregierung eintrat, stammte nur ein Minister aus der SPD-Tradition, während der Rest aus allen möglichen, wenn auch im weiten Sinne sozialistischen Strömungen kam (KPD, SAPD, NSDAP, Ahlener CDU).“<sup>48</sup> Offensichtlich benötigt die SPD aufgrund ihres noch fortwirkenden Attentismus, der letztlich Politikunfähigkeit mangels genuiner SPD-Anliegen belegt, linksextreme Impulse seitens der Renegaten oder auch der (Ex-?) Marxisten („Jusos“) aus den eigenen Reihen, d.h. vor allem deren größere Diffamierungskompetenz, Sozialdemagogie und dergl., um wenigstens Wahlkämpfe wirksam bestreiten zu können, wozu die wackere Mehrheit der rechtschaffenen normalen SPD-Mitglieder und Kandidaten anscheinend nicht in der Lage oder willens ist.

Und in der Tat könnte man sagen, daß eine Person, die die Lubjanka überlebte, auch gelernt hat, wie Politik im 20. Jahrhundert gemacht wurde, was sicherlich für den Posten eines bundesdeutschen Ministers und SPD-Fraktionsvorsitzenden qualifiziert. Aus dieser Position kann man parlamentarische Opposition als „Verbrecher“, „Strolche“, „Drecksäcke“, „Quatschköpfe“, „Schweine“ und ähnlichem spätbolschewistischen Hetzvokabular

---

<sup>45</sup> S. zum SED-SPD-Dialogpapier: **Sozialdemokratischer Dialog mit totalitärem Linksextremismus (SPD-SED-Papier): Zur Bewertung der Dialogverweigerung mit Rechts-Opposition**  
<http://links-enttarnt.net/?link=kommentare&id=129>

<sup>46</sup> S. dazu den Sammelband von *Konrad Löw* (hrsg.), *Verratene Treue. Die SPD und die Opfer des Kommunismus*, 1994.

<sup>47</sup> S. dazu das maßgebliche Buch von *Hans Frederik*, *Gezeichnet vom Zwielficht seiner Zeit*, 1972, das durch jüngste Erkenntnisse über *Wehner* sicherlich eher bestätigt als widerlegt wird.

<sup>48</sup> So v. *Schrenck-Notzing*, a. a. O., S. 116.



bekämpfen und parlamentarische Opposition delegitimieren: Im Falle von rechts würden „die Sozis“ bei derartigem Vokabular sofort nach Diktatur, also nach dem Parteiverbot schreien! Die „VS“-Frage ist dann, wer da eigentlich wen (re-)sozialisiert, die SPD die Renegaten oder diese die SPD? Man könnte ja vermuten, daß ein wirklicher sozialistischer Konvertit eher bei der CDU oder FDP landet als bei der SPD. In der Tat ist es umgekehrt nach der moralischen Weltordnung der SPD geboten, daß ein ehemaliger Nazi nicht bei einer Rechtspartei landet, weil dies verbotsbegründend („Ersatzorganisation“) ist und auch nicht bei der CDU, weil dies „Kontinuitäten“ sichtbar macht, sondern eben bei der SPD um Erlösung nachsucht. Dementsprechend wurde zwar der CDU-Kanzler *Kurt Kiesinger* (NSDAP, CDU), nicht jedoch der SPD-Minister *Karl Schiller* (NSDAP, SPD)<sup>49</sup> antifaschistisch gehohlet: dieser wurde lediglich von ES-PE-DE-Propagandisten *Günther Graß* etwas behelligt und konnte ansonsten geschichtspolitisch völlig unbehelligt zum sozialdemokratischen Superminister<sup>50</sup> aufsteigen.

Für die erlösende Zuflucht zur SPD, wo einem die NS-Vergangenheit nicht verbotsbegründend vorgeworfen wird, steht neben *Karl Schiller* etwa der Ex-Nazi<sup>51</sup> *Carlo Schmid*, der sich in der NS-Akademie für Deutsches Recht für *Hitlers* Endsieg und gegen die Haager Landkriegsordnung ausgesprochen hatte, aber nur bei der SPD zum „großen Parlamentarier“<sup>52</sup> aufsteigen konnte als der er dann (sich selbst reinwaschend) von „Verblendung und moralischer und politischer Blindheit“ der 17 Mio. NSDAP-Wähler von 1933 sprechen durfte, die die Ermordung von 6 Mio. Juden möglich gemacht habe. Über seine eigene Verblendung und was diese wohl möglich gemacht hatte, brauchte er als moralisch befreiter SPD-Politiker und „Demokrat“ dann nicht zu rasonieren. Zur Erreichung des linken Integrationsziels, bei dem seitens des Linksextremismus auf das Selbstverständnis der SPD, die „eigentlichen Demokraten“ Deutschlands zu sein, Rücksicht genommen werden muß, ist dann das Element, das der bundesdeutsche - d.h. überwiegend sozialdemokratische - „VS“ bei nicht-linken Gegnern als (historische) „Relativierung“ ansieht, jeweils von entscheidender Bedeutung (gewesen).

Um noch zur Zeit des Kalten Krieges trotz der Erfahrung des mörderischen kommunistischen Totalitarismus<sup>53</sup> Volksfrontbündnisse in West-Europa zu rechtfertigen, wurden ganze Bibliotheken<sup>54</sup> voll geschrieben, die erklärten, daß sich die „bedauerlichen Vorfälle“ etwa auf die russische Tradition, wie deren „halbasiatischen Charakter“ (*Rudi Dutschke*) zurückführen ließen, so daß derartiges bei einem „Euro-Kommunismus“ nicht zu erwarten sei. Gegenüber dieser nun wirklich widerlichen „Relativierung“ ist nur darauf<sup>55</sup> hinzuweisen, daß in den letzten 90 Jahren der Zarenherrschaft 6 321 bei grundsätzlich akzeptablen rechtsstaatlichen Standards im Zusammenhang mit der politischen Ordnung stehende Todesurteile ausgesprochen worden sind (die großteils nicht vollstreckt wurden), während es in der Sowjetunion innerhalb von zwei Monaten 10 000 bis 15 000 rechtsstaatliche Standards von vornherein negierende standrechtliche Hinrichtungen gegeben hat, um die vorsätzlich

---

<sup>49</sup> S. dazu den 7. Teil der Sozialismusbewältigung: **NS-Fortwirkungen im bundesdeutschen Sozialdemokratismus: Sozialstaatliche Demokratieverformung und Kampf gegen Rechts** <http://links-enttarnt.net/?link=kommuntare&id=155>

<sup>50</sup> S. (S. 46 ff.) zu *Karl Schiller*: Adolfs und Willys Wirtschaftspolitik. Gescheiterte sozialdemokratische Konzepte: <http://ef-magazin.de/media/assets/pdf/ef086-screen.pdf#page46>

<sup>51</sup> S. dazu *Kurt Ziesel*, Der deutsche Selbstmord. Diktatur der Meinungsmacher, 1965, S. 290 f.

<sup>52</sup> S. die Lobrede seines Schülers *Wilhelm Hennis*, Auf dem Weg in den Parteienstaat, 1998, S. 142 ff.

<sup>53</sup> Der sich selbstverständlich auch gegen die Sozialdemokratie („Verräter“) richten mußte, s. *Laszlo Revesz*, Die Liquidierung der Sozialdemokratie in Osteuropa, 1971.

<sup>54</sup> Am bekanntesten *Karl A Wittfogel*, Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, 1977.

<sup>55</sup> So zu Recht *Nicolas Werth*, in: *Stéphane Courtois* u. a., Das Schwarzbuch des Kommunismus, 2000, S. 92 f.

politisch induzierten Massenhungernöte und Tötungen des Sozialismus<sup>56</sup> nur zu streifen. Dies hat nun wirklich nichts mit „Asien“ zu tun, sondern vielmehr mit dem sich radikalisierenden Import des in und durch die SPD und mit ihr zur Entfaltung gebrachten westlichen Sozialismus, weshalb die Sowjetunion nicht als „asiatische“, sondern als (neuartige) „okzidentale Despotie“<sup>57</sup> angesprochen werden muß, die sich mit „Demokratie“ als Wertesystem totalitär rechtfertigte. Aber es gibt wohl keine Ausreden, die nicht blöd genug sind, um nicht bei Bedarf zugunsten **einer die Integration des Linksextremismus rechtfertigenden SPD-Politik** vorgebracht zu werden. So erscheint dann auch die „DDR“ irgendwie als Ausdruck sekundär weiterwirkender asiatischer Produktionsweisen, für die bei der DDR-Diktatur etwa für die „Stasi“ Tätigen - wobei das Augenmerk weniger auf die „inoffiziellen“<sup>58</sup> als die offiziellen Mitarbeiter, d.h. die Linkspartei es solcher, gerichtet werden müßte - nicht wirklich was können.

### **SPD: Auch maßgebliche Quelle des „Faschismus“**

Derartige geschichtliche „Verdrängungen“ oder „Relativierungen“ wie sie von SPD-Seite, falls politisch passend, bezüglich des Linksextremismus gepflegt werden, werden beim bundesdeutschen „Verfassungsschutz“, allerdings nur in einem anderen Zusammenhang, als Ausweis einer „antidemokratischen Haltung“ ausgemacht, die zumindest zur „VS“-Überwachung, „VS“-Beobachtung und „VS“-Berichterstattung führen müsse, wenn nicht gar Demokratie erhaltende Vereins- und Parteiverbote „notwendig“ werden; zumindest muß aber - und sei es nur zur Pflege zivilreligiöser (demokratiereligiöser) Bedürfnisse<sup>59</sup> - eine „Verbotsdiskussion“ gegen eine unerwünscht um Wählerstimmen mitkonkurrierende Oppositionspartei eingeleitet werden. Gemessen an diesem Erfordernis eines effektiven, d.h. weit vorbeugend nach- und rückwirkenden „Verfassungsschutzes“ müßte die SPD aber nicht nur im Falle der **Relativierung des Kommunismus** als besonders verdächtig angesehen werden.

Aus dem Kontext der Sozialdemokratie ist nämlich nicht nur der Kommunismus hervorgegangen, sondern auch das Entstehen einer anderen unheilvollen politischen Strömung des 20. Jahrhundert ist wesentlich - wenngleich sicherlich nicht ausschließlich - damit zu erklären, wofür ein politisch unverdächtiges Werk<sup>60</sup> einen Hinweis gibt: „Hitlers damalige (um 1918, *Anm.*) Annäherung an die regierende SPD ist durch verschiedene Quellen, auch Zeitungsberichte, belegt.“ Zuletzt sind in dem Werk<sup>61</sup> von *Reuth* die Belege aufgeführt, wie etwa die Aussage des Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, *Auer (SPD)*, in der *Münchner Post* von 1923, wonach man *Hitler* für einen Anhänger der (Mehrheits-) Sozialdemokratie gehalten habe, weil auch als solcher zu erkennen geben haben schien. Als den Mann, der *Hitler* wirklich die Ideen gegeben hat, kann man wohl am plausibelsten den

<sup>56</sup> S. zuletzt das Buch von *Robert Winter*, Massenmord unter dem Sowjetstern 1917-1953. Tatorte. Taggeschehen, Osnig Verlag 2017.

<sup>57</sup> So *Ernst Vollrath*, Die okzidentale Despotie, in: *Der Staat*, 1982, S. 321 ff., wonach die Sowjetunion nur als neuartige Form einer Despotie, nämlich der totalitär-demokratischen des Westens verstanden werden kann; so totalitär wie die Sowjetunion waren asiatische Großreiche nämlich nicht; s. insbesondere zum traditionellen China, auf das sich *Wittfogel* hauptsächlich bezieht, die einzelnen Beiträge bei *Wolfgang Schluchter* (Hg.), Max Webers Studie über Konfuzianismus und Taoismus. Interpretation und Kritik, 1983.

<sup>58</sup> Zur Frage der Stasi-Verstrickung des späteren Bundesverkehrsministers *Manfred Stolpe* (SPD), s. den Abschlußbericht des Stolpe-Untersuchungsausschusses, hrg. von der Heinrich-Böll-Stiftung e. V., 1994.

<sup>59</sup> S. dazu den Beitrag von *Uwe Volkmann*, Feind und Freund, in: *FAZ* vom 1.12.2011, S. 7.

<sup>60</sup> S. *Ausstellungskatalog des Stadtmuseums München*, „Hauptstadt der Bewegung“, 1993, S. 71.

<sup>61</sup> *Ralf Georg Reuth*: Hitlers Judenhass. Klischee und Wirklichkeit, Piper, München / Zürich 2009; s. dazu den Beitrag des Verfassers über den „Sozialdemokraten Adolf Hitler“:

<http://ef-magazin.de/2009/05/01/1164-vergangenheitsbewaeltigung-sozialdemokrat-adolf-hitler>

SPD-Sympathisanten *Josef Ludwig Reimer* identifizieren, der in seinem Werk „Ein pangermanisches Deutschland“<sup>62</sup> eine „pangermanische Sozialdemokratie“ anstrebte, eine rassenideologische Beschränkung auf die Arbeiter germanischer Abstammung. *Reimer*, über den kaum biographische Angaben existieren, gehörte zum Umfeld des Arztes *Ludwig Woltmann* (1871-1907), der mit seinen 1899 und 1900 erschienenen Werken dazu beitrug, die scheinbare Vereinbarkeit von Sozialismus und Darwinismus darzulegen<sup>63</sup> und dabei als Mitstreiter des „Revisionisten“ *Bernstein* in Erscheinung getreten war. Seine vorübergehende, durchaus originelle Verknüpfung von Marxismus und Darwinismus konnte allerdings nur auf der Grundlage einer Lehre vorgenommen werden, die den nachfolgenden Übergang zur Rassentheorie wohl unvermeidlich machte, die *Woltmann* mit dem sozialistischen Klassenkampfkonzept wie folgt in Einklang brachte: „Wir sehen in den modernen Klassenkämpfen das Ringen der im Arbeiterstand vorhandenen germanischen Schichten nach Selbständigkeit und Freiheit“. Dieser Ansatz bereitete die Beschränkung von *Reimer* auf die Arbeiterklasse germanischer Abstammung zur Verwirklichung des Sozialismus als pangermanisches Deutschland vor, wodurch sich gewissermaßen wie von selbst begrifflich die Bezeichnung „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ ergab, die damit nicht nur begrifflich, sondern ideologisch zwingend mit den maßgeblichen weltanschaulich-politischen Inhalten, die ihr berechtigter Weise zum Vorwurf gemacht werden müssen, in die sozialistische (sozialdemokratische) Ideenströmung einzuordnen ist.

Bei der sich dabei wohl wie von selbst aufdrängenden Fragestellung **betreiben** die **SPD-Ideologen** im Interesse der Aufrechterhaltung der durch eine einseitige staatsideologische „Bewältigung“ „gegen Rechts“ errungenen „moralischen“ Vorrangstellung, die auch als (ideologische) „Verfassung“ vom SPD-geführten Inlandsgeheimdiensten „geschützt“ wird, folgende **Verdrängungs-Strategie** gegenüber konkurrierende politisch-weltanschauliche Strömungen, die von den SPD-Ideologieexperten im antipluralistischen (verfassungsfeindlichen) „Kampf gegen Rechts“ jederzeit unter Faschismus-Verdacht gestellt werden: „Für die SPD gehören auch die Meinungen, ‚die nicht davor zurückschrecken, den Sozialismus in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken‘ zur Grauzone demokratiebedrohender Mentalitäten.“<sup>64</sup> Diese vom SPD-„VS“ auch amtlich getätigte Verdächtigungsstrategie kann jedoch nicht die Tatsache verdrängen, daß *Hitler* sich mit seiner „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ schon begrifflich bewußt in die sozialistische Tradition eingeordnet hat, die selbst Ausgangspunkt der Bildung<sup>65</sup> der SPD gewesen ist, welche einst als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ firmiert hatte.

Die Ideenströmung des Sozialismus, Verknüpfung der Fortschritts- und Gleichheitsidee, stellt eine Spätfolge der Französischen Revolution dar. Sozialismus ist durch weitreichende staatliche Maßnahmen zu verwirklichen, da der freie wirtschaftliche Prozeß, d.h. Kapitalismus Ungleichheit / Ausbeutung erzeuge. Die Annahme, daß der auf Kapitalismus basierende Parlamentarismus den Volkswillen verfälsche, legt die demokratisch legitimierte Diktatur als Herrschaftsform nahe, wie sie innerhalb der SPD u. a. mit der kultischen Verehrung von *Lassalle*<sup>66</sup> aber auch von *Bebel* als Möglichkeit aufgeschienen ist. Als Folge des sog.

<sup>62</sup> S. dazu den Beitrag des Verfassers:

<http://ef-magazin.de/2009/06/26/1305-josef-ludwig-reimer-der-spd-sympathisant-der-hitler-die-ideen-gab>

<sup>63</sup> S. dazu den Beitrag des Verfassers (auf S. 34 ff.):

<http://ef-magazin.de/media/assets/pdf/ef080-screen.pdf#page34><http://ef-magazin.de/media/assets/pdf/ef080-screen.pdf#page34>

<sup>64</sup> S. *Christiane Hubo*, Verfassungsschutz des Staates durch geistig-politische Auseinandersetzung, 1998, S. 96.

<sup>65</sup> S. zur Einordnung des Nationalsozialismus in die sozialistische (sozialdemokratische) Strömung auch das Interview der Zeitschrift *Blaue Narzisse* mit dem Verfasser:

<http://www.blauenarzisse.de/index.php/aktuelles/357-im-gespraech-josef-schuesslburner>

<sup>66</sup> Zum SPD-Gründer *Lassalle* als Vorläufer des Nationalsozialismus, s. (auf S. 46 ff.):

<http://ef-magazin.de/media/assets/pdf/ef079-screen.pdf#page46>

Revisionismusstreits, der durch die Erkenntnis ausgelöst worden ist, daß der Untergang des Kapitalismus entgegen der marxistischen Parteiideologie keine Naturnotwendigkeit sei, hat sich langfristig eine widerspruchsvolle (Wieder-) Annäherung der Sozialdemokratie an den Linksliberalismus und damit an den bürgerlichen Verfassungsstaat ergeben, während sich die sozialdemokratische *Bebel-Orthodoxie* im Leninismus radikalieren sollte. Neben diesem Rechtsrevisionismus eines *Bernstein* oder *Jaurès* gab es aber auch einen vielschichtigen Linksrevisionismus,<sup>67</sup> der im Ergebnis auf die Ersetzung des Proletariats durch die Nation als Agens des Fortschritts hinauslief, wobei der konzeptionelle **Übergang vom Sozialismus zum Faschismus / Nationalsozialismus** schon vor dem 1. Weltkrieg durch die Übertragung des marxistischen Klassenkampfkonzepts auf die internationale Ebene<sup>68</sup> bewerkstelligt wurde. In Deutschland kann dies etwa den Kriegsschriften des SPD-Propagandisten MdR *Paul Lensch*<sup>69</sup> entnommen werden, wengleich sich die direkte Kontinuität über die *Ceskoslovenská strana narodne-socialistická* ergibt, die wohl erste Partei, die sich ausdrücklich „nationalsozialistisch“ nannte und sich 1897 in der österreichisch-ungarischen Monarchie in Folge der Volkstumskonflikte von der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie abgespalten hatte. Auf sudetendeutscher Seite führte dies spiegelgleich zur *Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei* (DNSAP), die wiederum den direkten Ausgangspunkt<sup>70</sup> der nach dem 1. Weltkrieg gegründeten NSDAP markiert. DNSAP-Führer *Rudolf Jung* überzeugte *Hitler*, anstelle des von ihm geplanten Begriffs „sozialrevolutionär“ bei „nationalsozialistisch“ zu bleiben.

Der vielschichtige Linksrevisionismus, dem sich *Joseph Goebbels* ausdrücklich<sup>71</sup> zugeordnet hat, betonte die Aspekte des Frühsozialismus, welche die marxistische Orthodoxie und der Rechtsrevisionismus innerhalb der Sozialdemokratie in den Hintergrund drängen wollten wie etwa den **sozialistischen Antisemitismus**, in dessen Tradition sich wiederum *Goebbels* sah: „Wenn ich sozialistisch denke, muß ich Antisemit sein. Denn der Jude ist die Inkarnation des Kapitalismus“.<sup>72</sup> Insbesondere der französische Frühsozialismus<sup>73</sup> hatte nämlich den zu überwindenden Kapitalismus mit dem Judentum gleichgesetzt, so daß nachvollziehbar wird, wieso die **Verwirklichung des Sozialismus** als Antikapitalismus konzeptionell auf die **Beseitigung des Judentums** hinauslaufen mußte. Obwohl der Marxismus speziell unter jüdischstämmigen Intellektuellen großen Anklang fand, sollte er diese ursprüngliche antisemitische Tradition des Sozialismus nie wirklich bewältigen, die in Deutschland einst von *Eugen Dühring*<sup>74</sup> besonders radikal vertreten worden ist, der in der Berliner SPD eine große Anhängerschaft hatte und mit *Marx* als Parteitheoretiker auf eine Stufe gestellt worden

<sup>67</sup> S. dazu zusammenfassend *Zeev Sternhell: Ne Droite ne Gauche. L'idéologie fasciste en France*, 1978.

<sup>68</sup> S. dazu den 4. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung **Weltkrieg als Weltrevolution - vom sozialdemokratischen Marxismus zum Nationalsozialismus**.

<http://links-enttarnt.net/?link=kommentare&id=103>

<sup>69</sup> S. etwa *Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg* von 1915 und *Drei Jahre Weltrevolution* von 1917; *Lensch* ist zwar bei *R. P. Sieferle, Die Konservative Revolution*, 1995, S. 45 ff. als Vertreter der genannten Richtung aufgeführt, es wäre aber geboten, ihn als sozialdemokratischen Vorläufer des Nationalsozialismus zu kennzeichnen; zu der von diesem vertretenen Richtung, s. auch *A. Ascher, 'Radical' Imperialists within German Social Democracy 1912 - 1918*, in: *Political Science Quarterly*, 1976, S. 555 ff.; s.:

<http://www.jf-archiv.de/archiv98/058aa17.htm> s. auch den einigermaßen akzeptablen Wikipedia-Eintrag:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Paul\\_Lensch](http://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Lensch)

<sup>70</sup> S. dazu *Georg Franz-Willing, Ursprung der Hitlerbewegung 1919-1922*, 1974, insbes. S. 137 ff.; s. auch den Leserbrief von *Friedebert Volk*, Die auswärtigen nationalsozialistischen Vorläufer, in: *FAZ* vom 30.03.1999.

<sup>71</sup> So am 06.12.1931 im *Angriff*: „Der Idee der NSDAP entsprechend sind wir die deutsche Linke! Nichts ist uns verhaßter als der rechtsstehende nationale Besitzbürgerblock“, zitiert bei *W. Venohr, Stauffenberg. Symbol der deutschen Einheit*, 1990, S. 80; s. dort auch die zeitgenössische Aussage des späteren *Willy Brandt*: „Das sozialistische Element im Nationalsozialismus ... muß von uns erkannt werden“.

<sup>72</sup> S. Nachweis bei *U. Höver, Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist*, 1992, S. 154.

<sup>73</sup> Dazu umfassend: *Edmund Silberner, Sozialisten zur Judenfrage*, 1962, zu den besonders antisemitischen französischen Sozialisten, S. 17-98; s. sowie *derselbe, The Antisemitic Tradition in Modern Socialism*, 1957.



war. Dies führte zum Neidausbruch *Engels*, der mit seinem *Anti-Dühring* den „wissenschaftlichen“ Sozialismus in die Welt setzte, dabei aber mit seinem Utopismus („Absterben des Staates“) *Dühring* wenig Sinnvolles entgegensetzen konnte. Er zog es daher vor, *Dühring ad personam* zu bekämpfen, indem er dessen Antisemitismus angriff, wozu *Engels* selbst immerhin die Konversion<sup>75</sup> vom Antisemiten zum Anti-Antisemiten vollziehen mußte. Da *Dühring* aufgrund dieses Wegpöbelns von der SPD wegen „Majestätsbeleidigung“, d.h. Kritik an *Marx* „von links“,<sup>76</sup> seinen Antisemitismus auch gegen die SPD selbst richtete, begann diese den Antisemitismus zu bekämpfen, den man vorher (und teilweise noch weiterhin) als revolutionäres Ferment und als Vorstufe zum Sozialismus angesehen hatte; denn letztlich stellte auf *Marx* selbst und seine Judenschrift zurückgehend der Marxismus eine Theorie dar, welche die Endstufe des Menschheitsfortschritts als Überwindung, ja als „Das Ende des Judentums“<sup>77</sup> ausgab. Sicherlich wurde dies vom SPD-Chefideologen *Kautsky* als Assimilierungsvorgang verstanden, der das mit dem Judentum verbundene „Mittelalter“ auslöschen würde. Jedoch macht schon die berühmte, von *Lenin* häufig zitierte Aussage des SPD-Führers *Bebel*, wonach der „Antisemitismus“ der „Sozialismus des dummen Kerls“ (nicht aber dessen Nationalismus, Konservativismus oder Liberalismus) sei, den **latenten Antisemitismus in der sozialistischen Bewegung**<sup>78</sup> deutlich.

Der Nationalsozialismus erscheint insoweit als explizite Wiederkehr des in der sozialistischen Tradition der Sozialdemokratie gegen Ende des 19. Jahrhunderts Verdrängten und wie gegenüber dem Leninismus, so kam die Sozialdemokratie dann auch gegenüber dem Nationalsozialismus in die Defensive, wenn dieser die Verwirklichung des Sozialismus gewissermaßen direkter angehen und sich nicht des Attentismus befleißigen wollte. Generell kann die Vermutung geäußert werden, daß sich die Sozialdemokratie der Weimarer Zeit deshalb so entschieden vom NS abgegrenzt hat, weil sie erkennen mußte oder zumindest gefühlt hat, daß mit dieser Bewegung das durch die Annäherung an die bürgerliche Demokratie gebotener Maßen Verdrängte der klassischen Sozialdemokratie als parteipolitische Richtung verselbständigt wieder zum Vorschein kam: Die Sozialdemokratie erkannte im Nationalsozialismus Sozialismus-Häretiker, die an Ideologieelementen anknüpften und Forderungen aufgriffen, die der Sozialdemokratie mittlerweile peinlich geworden waren, von denen sie aber wußte, es aber nicht unbedingt zugestehen wollte, daß sie in der eigenen Ideologietradition zu finden waren. Vergleichbar stellte sich der Haß von *Kautsky* gegenüber den Bolschewiken dar, der damit zu erklären ist, daß sich die Kommunisten sehr wohl zu Recht auf *Marx* beriefen, nur wollte er sich dies nicht zugestehen.

„Mit Lassalles Demokratiebegriff zeichnen sich die Möglichkeiten ab, an denen die Demokratie im 20. Jahrhundert scheiterte. Der Nationalsozialismus benutzte die Demokratie der Weimarer Republik zu eben den gleichen Zwecken, wie sie Lassalle seiner Demokratievorstellung unterschob. Es mag als Ironie der Geschichte erscheinen oder als List der Vernunft, daß der Lassallesche Demokratiebegriff in der deutschen Sozialdemokratie als Hinwendung zum Staat interpretiert wurde, daß die Sozialdemokratie auf Grund eben dieser

---

<sup>74</sup> S. dazu den Beitrag von *Dieter Dowe / Klaus Tenfelde*, Zur Rezeption Eugen Dührings in der deutschen Arbeiterbewegung in den 1870er Jahren, in: Wissenschaftlicher Sozialismus und Arbeiterbewegung, Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Nr. 24, 1979, S. 25 ff.; s. dazu (auf S. 47 ff.) den Beitrag des Verfassers:

<http://ef-magazin.de/media/assets/pdf/ef081-screen.pdf#page47>

<sup>75</sup> S. im einzelnen *Silberner*, Sozialisten zur Judenfrage, S. 157.

<sup>76</sup> Die Tatsache, daß der „Faschismus“ von links kommt, ergibt auch die Selbsteinschätzung von *Eugen Dühring*, *Marx* nicht von rechts, sondern von links kritisiert zu haben; s. dazu *E. Bernstein*, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 1907, S. 315.

<sup>77</sup> So das Schlußkapitel des Buches des *SPD-Chefideologen Karl Kautsky*, Rasse und Judentum, 1914.

<sup>78</sup> S. dazu den 6. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Bundesdeutscher „Kampf gegen rechts“ als (latenter) Antisemitismus** <http://links-enttarnt.net/?link=kampfumsrecht&id=35>



Haltung die totalitäre Tendenz des ursprünglichen Lassalleschen Begriffs (in der nationalsozialistischen Ideologie) bekämpfte.“<sup>79</sup> Es handelt sich bei der Auseinandersetzung zwischen SPD und NSDAP (und KPD) im Kern letztlich um eine innersozialistische Auseinandersetzung! Trotz der entschiedenen Gegnerschaft, die etwa der spätere bundesdeutsche SPD-Vorsitzende *Kurt Schumacher* genuiner Weise gegen den Nationalsozialismus an die Tag legte, macht dessen lange währender Versuch, die Publikation seiner mit *magna cum laude* bewerteten Doktorarbeit „Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie“ zu verhindern,<sup>80</sup> die Erkenntnis deutlich, daß sie weitgehend mit Grundpositionen identisch war, bei denen eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus schon deshalb nicht zu verkennen war, weil sich sein Doktorvater *Plenge* schließlich selbst als theoretischer Vorläufer des Nationalsozialismus sehen wollte, wie in seinem brieflichen Austausch mit *Werner Sombart* vom 24.09.1933 nachzuweisen<sup>81</sup> ist. Dieser wiederum war noch vom alten *Engels* als „etwas eklektischer Marxist“ eingeordnet worden, erschien dabei lange als der mögliche künftige Chefideologe der Sozialdemokratie. *Sombart* glaubte um 1933 dann, ebenfalls Anspruch auf die „Vaterschaft“ des Nationalsozialismus erheben zu können, wengleich der offizielle Nationalsozialismus, der diesen allein dem Genie des „Führers“ entsprungen sehen wollte, diese Vaterschaft nicht anerkennen wollte: Diese Haltung des NS kommt ja noch heute der Reputation der SPD zugute, zumal es dieser erfolgreich gelungen ist, zu verdrängen und zu relativieren!

Was nun den NS-Antisemitismus und dessen Einordnung in die Tradition der klassischen Sozialdemokratie anbelangt, ist festzuhalten, daß der Marxismus zwar den Rassenantisemitismus abgelehnt hat, wie dies aber auch der Radikalantsemit *Goebbels* tat, der die „rassentheoretische Begründung des Antisemitismus“ als „Rassenfimmel“ verspottete. Rassistische Tendenzen waren aber der sozialistischen Strömung, unter Einschluß der Sowjetvariante,<sup>82</sup> nicht wesensfremd, zumal Rassismus der Gleichheitsidee als solcher<sup>83</sup> nicht entgegenstehen muß (Gleichheit erzwingt begriffsnotwendig die Definition des Ungleichen): „Sozialismus und Eugenik (gewissermaßen der praktische Zweig der „Rassenlehre“,<sup>84</sup> *Anm.*) waren von Natur aus keine gegensätzlichen Konzepte, so wie auch Sozialismus und Rassismus von Zeit zu Zeit zusammengehörten“,<sup>85</sup> eine Einschätzung, die dabei auch die übliche apodiktische Auffassung<sup>86</sup> widerlegt, daß „schon die rassistische Komponente seiner Weltanschauung“ einer Zuordnung etwa *Hitlers* zur politischen Linken entgegenstände. Dieser Komplex führt zur wohl größten ideologischen Gemeinsamkeit von klassischer Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, nämlich zur **Eugenik**,<sup>87</sup> die **zum wesentlichen**

<sup>79</sup> So die Zusammenfassung bei *Hermann Ebeling*, Der Begriff „Demokratie“ in den sozialistischen Ideologien - Marx, Lassalle, Engels-, Dissertation der Universität Heidelberg, 1964, S. 85.

<sup>80</sup> S. *Dieter Krüger*, Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland, 1983, S. 230 f.

<sup>81</sup> S. *ebenda*, S. 240; sowie:

<http://ef-magazin.de/2008/05/04/bewaltigung-der-sozialismus-des-nationalsozialismus>

<sup>82</sup> S. dazu etwa *Loren R. Graham*, Science and Values: The Eugenic Movement in Germany and Russia in the 1920s, in: *American History Review* 1977, S. 1133 ff., wo auch dargelegt wird, daß man ab den 30ern eine unterschiedliche Richtung einschlug; in der Sowjetunion begann man Lamarckismus (Lehre von der Vererbung sozial erworbener Fähigkeiten) und Marxismus gleichzusetzen, was vorher nicht der Fall war; s. S. 1157.

<sup>83</sup> Bei der Anwendung des Gleichheitssatzes kommt es wesentlich auf das Differenzierungskriterium an: Wenn etwa mit Art. 3 Abs. 3 GG „Rasse“ als Anknüpfungsgesichtspunkt verboten ist, dann ist Rassismus gegen die Gleichheit gerichtet, andernfalls kann „Rasse“ - ein Fortschrittskriterium! - als zulässiges Kriterium angesehen werden, d.h. man kann dann Rassist (Antisemit) und gleichzeitig an die Gleichheit glaubender Sozialist sein.

<sup>84</sup> S. dazu umfassend *Michael Freedon*, Eugenics and progressive Thought: A Study in Ideological Affinity, in: *The Historical Journal* 1979, S. 645 ff.;

<sup>85</sup> S. *George L. Mosse*, Die Geschichte des Rassismus in Europa, 1990, S. 85.

<sup>86</sup> So diejenige von *Zitelmann*, Hitler-Selbstverständnis eines Revolutionärs, 1990, S. 462.

<sup>87</sup> S. *Michael Schwartz*, 'Proletarier' und 'Lumpen' - Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: *Vierteljahreshfte für Zeitgeschichte*, 1994, S. 537 ff.; im übrigen ist der geistige Urheber des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses der SPD-Chefeugeniker *Grotjahn*: „eine an der wissenschaftlichen Eugenik

**SPD-Anliegen**<sup>88</sup> werden sollte und zwar etwa ab 1900, als der Darwinismus als Variante des Marxismus verstanden wurde, bis in die 1930er Jahre, als die Sopade (Exil-SPD) an der Erbgesundheitspolitik der NS-Regierung zu kritisieren fand, daß sie nicht konsequent genug sei, weil sie „asoziale Großfamilien“ begünstigen würde, während an den Eheverböten „gegen Minderwertige“ nicht auszusetzen wäre. Die sozialdemokratische Argumentationsweise<sup>89</sup> kann wie folgt zusammengefaßt werden: Der von Menschen herbeigeführte, nicht mehr als naturwüchsig anzusehende industrielle Fortschritt vermindere die Wirkung der natürlichen Selektionsmechanismen. Deshalb müsse der Staat bei der natürlichen Zuchtwahl tätig werden (SPD-Chefideologe *Kautsky*),<sup>90</sup> um die „minderwertigen Individuen durch Maßnahmen der Geburtenprävention an der Erzeugung von unerwünschten Nachkommen zu hindern (SPD-Chefeugeniker *Alfred Grotjahn*). Im Sozialismus werde es dann leicht sein, durch staatliche Maßnahmen Rassenhygiene zu betreiben (*Karl Pearson*), dabei sei diese gerade im Sozialismus erforderlich, weil durch den Ausbau der Sozialfürsorge die Rassendegeneration eher beschleunigt würde (*Eden Paul*). Nur eine „eugenische Religion“ könne dann die Zivilisation noch retten, ja die „Sozialisierung der selektiven Zuchtwahl“ sei dann der einzig „grundlegende und mögliche Sozialismus“ (*G. B. Shaw*). Dieser würde nicht nur den „neuen Menschen“ schaffen, sondern Eugenik als „sozialistisches Kampfmittel“ müsse den sozialismusfähigen Menschen erst herbeiselektieren, so SPD- und danach NSDAP-Eugeniker und schließlich BRD-Anthropologe *Karl Valentin Müller*.<sup>91</sup> Zum Zwecke der künstlichen Befruchtung müsse das Zellplasma sozialisiert werden (*H. Brewer*), um jedem das Recht zu geben, bester Abstammung zu sein (*Julian Huxley*). Es wird dann antisozial, Eheschließungen als Privatangelegenheit anzusehen; die Zeit komme, wo die Gesellschaft die Erzeugung eines Schwächlings als Verbrechen gegen sich selbst ansehen würde (*Harald Laski*, Labour-Chefideologe).

Die sozialdemokratischen Lebensreformer haben diesen Ideologiekomplex in ihrer „Volksgesundheit“ unter dem Titel „Hat der Mensch ein Recht auf Fortpflanzung? Die Unfruchtbarmachung der geistig Minderwertigen“ Anfang 1933 mit dem Bekenntnis radikalisiert: „Das Recht des Menschen auf sein Leben ist ein bedingtes. Soweit er die naturwissenschaftlichen Bedingungen nicht erfüllt, muß er unter den Folgen seiner Fehler leiden. Die Natur kennt keine Sündenvergebung“. *H.G. Wells*<sup>92</sup> hatte schon vorausgesehen, daß in der (sozialistischen) Zukunftsgesellschaft das Recht Unheilbarer und Alkoholiker nur unter dem Vorbehalt toleriert würde, daß sie sich nicht vorpflanzten, weil andernfalls diese Gesellschaft nicht vor Tötung zurückschrecken könnte. Wohl eher, aufgrund des erforderlichen, aber noch nicht eingetretenen Mentalitätswechsels, auf die sozialistische Zukunftsgesellschaft wurde die staatlich angeordnete Euthanasie verschoben beim maßgeblichen SPÖ-Sozialmediziner der Zwischenkriegszeit *Julius Tandler*: „Welchen Aufwand übrigens die Staaten für vollkommen lebensunwertes Leben leisten müssen, ist zum Beispiel daraus zu ersehen, dass die 30 000 Vollidioten Deutschlands diesem Staat 2 Milliarden Friedensmark kosten. Bei der Kenntnis solcher Zahlen gewinnt das Problem der Vernichtung lebensunwerten Lebens im Interesse der Erhaltung lebenswerten Lebens an

---

orientierte sozialistische Bevölkerungspolitik könnte wesentlich dazu beitragen, den deutschen Sozialismus ganz allgemein mit jenem starken nationalen Verantwortungsgefühl zu sättigen, das ... die Erhaltung des Reiches ermöglicht hat“ (1926); zum sozialdemokratischen Sozialdarwinismus, s. auch (auf S. 34 ff.):

<http://ef-magazin.de/media/assets/pdf/ef080-screen.pdf#page34>

<sup>88</sup> S. zu diesem Komplex die jüngste Veröffentlichung von *Alberto Spektorowski*, *The Eugenic Temptation in Socialism: Sweden, Germany, and the Soviet Union*, in: *Comparative Studies in Society and History*, 2004.

<sup>89</sup> Nachweise finden sich insbesondere bei *Schwartz*; ansonsten bei *Freedon* und *Graham* wie angegeben.

<sup>90</sup> S. *Karl Kautsky*, *Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft*, 1910, S. 262 ff.

<sup>91</sup> S. zu diesem den einigermaßen akzeptablen Wikipedia-Beitrag: [http://de.wikipedia.org/wiki/Karl\\_Valentin\\_M%C3%BCller](http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Valentin_M%C3%BCller)

<sup>92</sup> S. *Anticipation of the reaction of mechanical and scientific progress upon human life and thought*, Leipzig 1902, S. 270.

Aktualität und Bedeutung. Gewiss, es sind ethische, es sind humanitäre oder fälschlich humanitäre Gründe, welche dagegen sprechen, aber schließlich und endlich wird auch die Idee, dass man lebensunwertes Leben opfern müsse, um lebenswertes zu erhalten, immer mehr und mehr ins Volksbewusstsein dringen. *Denn heute vernichten wir vielfach lebenswertes Leben um lebensunwertes zu erhalten.*<sup>93</sup>

In Deutschland wurde - neben der Zwangsabtreibung „von Amts wegen bei Idioten, um den biologischen Abfall jeder Generation auf ein Mindestmaß zu reduzieren“ - die Euthanasie von der entschiedenen SPD-Sozialhygienikerin *Oda Olberg* befürwortet: „Doch als ‚Mutter‘ sieht sie den drohenden Konflikt. Denn die ‚Mutterliebe‘, aus der ‚für die Rasse unrationelles Erbarmen sprießt, ist gleichzeitig mit einer für die Rasse notwendigen Funktion verknüpft‘. Korrektur also auch für die ‚Natur‘ der ‚Mutterliebe‘, in welcher der rassenhygienische Grundwiderspruch seinen Brennpunkt erfährt. ‚Das triebhafte Erbarmen kann durch klar sehendes, abwägendes Erbarmen überwunden werden.‘<sup>94</sup> Das Ergebnis dieser von maßgeblichen Vertretern der Sozialdemokratie konzipierten staatlichen Selektionsmaßnahmen, das „neue Geschlecht“, hat *Kautsky* wie folgt beschrieben: „... stark und schön und lebensfreudig, wie die Helden der griechischen Heroenzeit wie die germanischen Recken der Völkerwanderung“.<sup>95</sup> Obwohl Eugenik („Rassenhygiene“) nicht notwendigerweise Rassismus meinte, so dürfte sich aus ersterer die Plausibilität von letzterem aufdrängen, wie am Beispiel des der SPD nahestehenden Gelehrten *Alfred Ploetz* demonstriert<sup>96</sup> werden kann, dem es folgerichtig nicht schwer fiel, Anhänger des Nazi-Rassismus zu werden. Die politische Utopie, die von der SPD kultiviert worden ist, hat hierbei zu der wohl naheliegenden Erkenntnis geführt, daß es schon der Menschenzüchtung, des „neuen Menschen“ im wörtlichen „darwinistischen“ Sinne bedarf, um so etwas Phantastisches wie Sozialismus verwirklichen zu können:

Auch wenn die SPD-Lebensreformer dabei die Gefahr der staatlichen „Vernichtung von Menschenleben“ als logische Konsequenz erkannten und davor zurückschreckten, sie zu aktuell zu propagieren (sondern im Einzelfall wie bei *Tandler* und *Olberg* auf die sozialistische Zukunft schoben, die für Nationalsozialisten allerdings 1933 anbrechen sollte), sondern statt dessen Zwangssterilisationen vorschlugen, so müßten sie es sich doch gefallen lassen, als „Wegbereiter“ ausgemacht zu werden. Daß bei diesem Ideologiekomplex die Vorstellung einer besonderen rassischen Veranlagung für Sozialismus aufkommen konnte, was zur gleichheitskonformen Unterscheidung von weniger und eher zum Sozialismus geeigneten Völkern<sup>97</sup> oder Rassen führen konnte, dürfte dabei ebenfalls nachvollziehbar sein. Schließlich sollte doch Sozialismus, entsprechend der angeführten Andeutung von *Kautsky*,

---

<sup>93</sup> S. *Julius Tandler*, *Ehe und Bevölkerungspolitik*, Wien 1924, S. 17; kursiver Satz ist im Original gesperrt gedruckt und bedeutet: Wenn man schon im Krieg im Allgemeininteresse „wertvolles“ Leben opfert, darf man erst recht und dies dann schon im Frieden, „wertloses“ Leben opfern; im dem Zitat nachfolgenden Absatz wird denn die nicht mehr als rational angesehene Einstellung kritisiert, es sich als Humanität anzurechnen, wenn es der Gesellschaft in „sorgsamer Ängstlichkeit“ gelingt, „Idioten“ „ein behagliches Greisenalter zu sichern“! S. zu *Tandler* den entscheidende Fakten verschweigenden Wikipedia-Eintrag:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Julius\\_Tandler](http://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Tandler)

<sup>94</sup> S. die Nachweise bei *Doris Byer*, *Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege. Zur Entstehung eines sozialdemokratischen Machtdispositivs in Österreich bis 1934*, 1988, S. 133; s. im Übrigen den nach Maßgaben der BRD-Ideologienpolitik doch verharmlosenden Wikipedia-Beitrag: [http://de.wikipedia.org/wiki/Oda\\_Olberg](http://de.wikipedia.org/wiki/Oda_Olberg)

<sup>95</sup> S. *Kautsky*, *Vermehrung*, S. 267 im Schlußkapitel „Rassenhygiene“; s. zum „Lumpenproletariat“ als Vorläufer des „Prekariats“: <http://ef-magazin.de/media/assets/pdf/ef067-screen.pdf#page16>

<sup>96</sup> So von *Mosse*, a. a. O., S. 99 als Zusammenlaufen von Eugenik und Rassismus gekennzeichnet.

<sup>97</sup> S. dazu *J. M. Winter*, *The Webbs and the non-white world: a case of socialist racialism*, in: *Journal of Contemporary History*, 1974, S. 181; auf S. 191 heißt es: „It may not have been a complete accident then, that Oswald Mosely (der Führer der britischen Faschisten, Anm.) emerged not from the Conservative but rather from the Labour Party“.

zu einem germanenhaften Zukunftsmenschen führen. Und hatte nicht *Engels*<sup>98</sup> davon gesprochen, daß „Völkerabfälle“ (nationale Minderheiten) als Träger der „Kontrerevolution“ die Mission hätten, im „revolutionären Weltsturm“, d. h. in der sozialistischen Revolution „unterzugehen“?<sup>99</sup> Trotzdem wird er noch von der bundesdeutschen SPD geschätzt!

### Ist der Schoß fruchtbar noch?

Neben der Tatsache, daß „Bewältigung“ aus VS-Sicht demokratiethoretisch geboten ist und sich somit die SPD ihrer **unheilschwangeren Ideologie-Geschichte** einmal stellen müßte, um bei Anlegen eines derartigen VS-Maßstabes demokratisch ernst genommen werden zu können, ist die entsprechende „Erinnerung“ - zumindest den Maßgaben der bundesdeutschen Dialogkultur und Erinnerungspolitik entsprechend - wohl deshalb erforderlich, weil in noch nicht lange zurückliegender Zeit davon berichtet wurde, daß das, was im amtlichen VS-Deutsch als „rechtsextrem“ bezeichnet wird, tief in den der SPD nahestehenden Gewerkschaften nistet. „Jeder fünfte Gewerkschafter steht rechts“, wie umfassende Untersuchungen in der üblichen hetzerischen Verkürzung<sup>100</sup> über das „rechtsextremistische Potential“ zusammengefaßt worden sind. Nach der einschlägigen Studie<sup>101</sup> sind 19,1% der gewerkschaftlich Organisierten „rechtsextrem“ orientiert. „Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht, die die Hälfte aller Mitglieder ausmachen, sind anderthalb Mal so häufig rechtsextrem eingestellt wie Nichtmitglieder aus dieser Schicht“. Dies ist deshalb bedeutsam, weil 43% der Gewerkschaftsfunktionäre dieser Schicht angehören. Insgesamt bedeutet dies bei ca. 7,5 Mio. Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften etwa **1,5 Mio. gewerkschaftliche Rechtsextremisten**, was die Mitgliederzahl sämtlicher VS-amtlich als „rechtsextrem“ eingestuften Parteien weit übertrifft.

Als Erklärung für dieses dann wohl „national-sozialistisch“ zu kennzeichnende Potential wird angeboten, daß der „Neoliberalismus“, eine - so müßte es der „VS“ sehen - antilibérale Hetzvokabel, die sich letztlich gegen die freiheitliche Gesellschaftsordnung richtet, aus Arbeitnehmern soziale und speziell aus Gewerkschaftlern politische Verlierer mache. „Teile dieser Klientel suchten daher Schutz 'durch eine nationalistische und ethnozentrische Politik'“. <sup>102</sup> Die sinnvollste Erklärung dürfte jedoch sein, daß das sozialistische Gleichheitsversprechen nur bei begrenzten Kollektiven<sup>103</sup> nachvollziehbar zu realisieren ist, während dieses bezogen auf ein internationales Kollektiv wie „Menschheit“ oder (internationale) „Arbeiterklasse“ doch sehr utopisch bleibt. Mit anderen Worten: **Es war schon immer naheliegender, Sozialismus mit Nationalismus, denn mit Internationalismus zu verbinden**, so daß sich wie von selbst das Konzept des „nationalen Sozialismus“ ergibt, das folgerichtig die soziale mit der ethnischen Homogenisierung verbindet, die Sozialismus erfahrbarer macht. Dies hatte schon *Hitler* den Sieg seines

---

<sup>98</sup> S. *Friedrich Engels*, Der magyarische Kampf, in: *MEW* Bd. 6, S. 172; zur großen Ähnlichkeit der Ansichten von *Engels* und *Goebbels*, s. *Löw*, a. a. O., S. 310 ff.

<sup>99</sup> Die Verknüpfung des sozialen Gerchtigkeitsverlangens mit Rassismus ist also tiefergehender angelegt als dies *Götz Aly*, Hitlers Volksstaat. Raum, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, 2005, S. 32, mehr beiläufig annimmt.

<sup>100</sup> S. *spiegel-online* vom 28. Juni 2005; mit „rechts“ ist dabei „rechtsextrem“ gemeint.

<sup>101</sup> Dazu *Hans-Ulrich Jörges*, Die Gewerkschaftspartei, in: *Stern* 37/2005, S. 154: <http://www.stern.de/politik/deutschland/zwischenruf/zwischenruf-die-gewerkschaftspartei-545553.html>

<sup>102</sup> S. *Jörges* ebenda.

<sup>103</sup> So die zutreffender Erklärung von *Götz Aly* im Interview mit dem *Handelsblatt* vom 10.08.2005, S. 5: „Elemente des nationalen Sozialismus“; zu dessen Buch über die sozialistische „Wohlfühlidiktatur“ des Drittes Reiches, s. (S. 38 ff.): <http://ef-magazin.de/media/assets/pdf/ef052-screen.pdf#page38>



Sozialismuskonzepts über die konkurrierenden Sozialismen von KPD und SPD<sup>104</sup> gebracht. Dabei kam dem NS auch ein latenter Antisemitismus innerhalb der Arbeiterschaft, das von der sozialistischen Hauptströmung verdrängte und parteiamtlich, in einer allerdings äußerst ambivalenten Weise<sup>105</sup> auch bekämpfte Erbe des Frühsozialismus zugute, das wegen seines als revolutionär empfundenen Ansatzes sogar als ein besonderes Motiv für die später häufig zu beobachtenden Übertritte von Kommunisten zur NSDAP auszumachen sein dürfte.<sup>106</sup> Seine schlüssigste Verwirklichung hat die Konzeption der die Individualrechte verachtenden „sozialen Gerechtigkeit“ demnach nicht im Kommunismus erfahren, sondern im deutschen Nationalsozialismus unter *Hitler*, der schließlich zu Beginn seiner politischen Tätigkeit, wie dargelegt, als SPD-Sympathisant gegolten<sup>107</sup> und sich bei Bekundung seiner wahren Absichten eigentlich - abgesehen von der „jüdischen Führungsschicht“ (da klingt *Dühring* nach!) - immer positiv über diese Partei geäußert<sup>108</sup> hatte und dem es auch entschieden um die Integration des sozialdemokratischen Arbeiters gegangen ist. Dies ist *Hitler* durch seine sozialpolitischen Maßnahmen derart weitgehend gelungen, daß man schließlich sogar von „so etwas wie eine(r) **Affinität sozialdemokratischer Arbeiter zu Hitler**“<sup>109</sup> sprechen konnte, „die auch umgekehrt zutrifft“. Zur Integration in das NS-Regime mußten ehemalige Kommunisten und auch SPD-Leute lediglich „proletarisch“ durch „deutsch“ ersetzen und die Weltanschauung stimmte bereits: Ein Konservativer oder Liberaler, der zum überzeugten Nationalsozialisten wurde, mußte da schon einiges mehr an Anschauungselementen ersetzen.

Die neuste Entwicklung innerhalb der bundesdeutschen Gewerkschaften, die bereits bei den jüngsten Bundestagswahlen zu einer **Stärkung des Postkommunismus durch Hinzufügen von „Elementen des Konzepts ‚nationaler Sozialismus‘**“<sup>110</sup> geführt hat, bedroht bei VS-Bewertung die Verfassungsordnung, weil dies auf eine **stillschweigende Umwertung der Gleichheits- und Freiheitskonzeption** hinausläuft, die letztlich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet ist; die **Freiheitsrechte** werden hierbei **kollektivistisch entwertet**. Gleichheit erscheint dabei nicht als Chancengleichheit wie sie von der Freiheitsidee gefordert ist, sondern führt zu einer „**sozialen Gleichheit, die auf die Rechtsgleichheit des Menschen pfeift**“.<sup>111</sup> Diese verfassungsfeindliche Konzeption hat die klassische SPD gekennzeichnet und stellte die Ursache dafür dar, daß sich der (Links-) Liberalismus zur Zeit von *Lassalle* von der Arbeitbewegung abgewandt hatte (bis der „Rechtsrevisionismus“ wieder ein Zusammengehen ermöglichen sollte), was *Lassalle* zur Überlegung veranlaßt hatte, Sozialismus mit dem für „Obrigkeitsstaat“ stehenden *Bismarck* durchzusetzen. Nicht nur letzteres, sondern auch die Vollmachten, die sich *Lassalle* - „seinem ganzen Wesen nach ... ein revolutionärer Diktator“<sup>112</sup> - in der ADAV-Vereinsatzung einräumen ließ, machen den **autoritären Charakter des Sozialismus**<sup>113</sup> deutlich. Der die **Individualrechte negierende Egalitarismus** hat sich in der NS-Zeit durch die „vielen

<sup>104</sup> S. dazu ausführlich *Christian Striefler*, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, 1993; zum „Faschismus“ und seinem Kontext zur Sozialdemokratie, s.

<http://ef-magazin.de/2010/03/05/1896-rueck--und-ausblick-was-ist-faschismus>

<sup>105</sup> S. *Silberner*, a. a. O., S. 203 ff, speziell zur österreichischen Sozialdemokratie, die die Ambivalenz besonders verkörpert, s. S. 231 ff; sowie *Hans-Helmuth Knütter*, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918 - 1933, 1971.

<sup>106</sup> So *Striefler*, a. a. O., S. 192.

<sup>107</sup> S. *Höhne*, a. a. O., S. 41 f. m. w. N.

<sup>108</sup> S. dazu *Rainer Zitelmann*, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, 1993, S. 464, m. w. N.

<sup>109</sup> S. *Höhne*, a. a. O., S. 360.

<sup>110</sup> So *Aly* hinsichtlich der Wahlpropaganda des ehemaligen SPD-Vorsitzenden und SPD-Kanzlerkandidaten und nunmehrigen DDR-Verharmlosers der WASG und zwischenzeitlichen Co-Vorsitzenden der Ex-SED *Oskar Lafontaine*.

<sup>111</sup> So zu Recht *Aly*, ebenda.

<sup>112</sup> So *Gilg*, a. a. O., S. 58.

<sup>113</sup> S. *Miller*, a. a. O., S. 48 ff.



Anleihen des nationalen Sozialismus aus dem linkssozialistischen Ideenvorrat“ ergeben, die schon aus den „Biographien der Beteiligten“<sup>114</sup> folgten, wofür etwa der Organisator des NS-Judenmordes *Eichmann* steht, der seine „gefühlsmäßigen politischen Empfindungen“ selbst als „links“ einstuft. Angesichts dieser historischen Kontinuitäten muß es schon erschrecken, wie die SPD-Führung zum Zwecke der Niederhaltung der erkennbar vorhandenen Grundstimmung in Richtung nationaler Sozialismus innerhalb der ihr nahe stehenden Gewerkschaften, eine gegen den „Neoliberalismus“ gerichtete „Heuschrecken-Debatte“ eröffnet, die den im Sozialismus mangels Vergangenheitsbewältigung latent vorhandenen Antisemitismus bedient. Gerade „Finanzkapital“ ist nämlich in der sozialistischen Tradition schon immer als „Codewort“ („VS“-Vokabel) für „Herrschaft des Judentums“ verwendet worden. Die Geschichte des Sozialismus zeigt, daß er „je nach den politischen oder sozialen Umständen sich dem Antisemitismus ebensogut nähern und mit ihm liebäugeln wie ihn ablehnen und bekämpfen kann. Sie lassen auch, sofern man überhaupt von der Vergangenheit auf die Zukunft schließen darf, eine neuerliche Annäherung von Sozialismus und Antisemitismus als durchaus möglich erscheinen. Das fiele jedenfalls nicht aus dem Rahmen sozialistischer Tradition ... Dazu bedarf es keiner Änderung der sozialistischen Theorie.“<sup>115</sup>

**Im Sozialismus ist latent immer schon der nationale Sozialismus vorhanden** gewesen, was „VS“-Beobachtung gewissermaßen an der Quelle erfordert, zumal der amtliche SPD-„VS“ ohne weiteres „gegen Rechts“ die Annahme bejaht, daß man im Interesse des Demokratieschutzes zwingend von der Vergangenheit auf die Zukunft schließen dürfe oder gar müsse. Dann muß aber dringend „beobachtet“ werden, wie es um das „rechtsextremistische Potential“ bei dieser Partei noch bestellt sein könnte.

### „Geheime“ Zusätze zu „Godesberg“

Die SPD wird sich gegen das Ansinnen einer „VS“-Beobachtung und damit ihrer Einordnung als Verbotskandidat, womit sie gerne unerwünschte konkurrierende Strömungen überzieht, mit dem Hinweis verwahren, daß sie mit dem noch irgendwie geltenden *Godesberger Programm* von 1959 förmlich ihr Programm in Einklang mit dem gebracht habe, was sie trotz aller verquerer Ideologie in der Praxis schon immer gewesen sei, nämlich eine demokratischer Reformpartei, die schon immer für Freiheitsrechte eingetreten sei. Mit diesem Programm, das schließlich *Bernstein* endgültig zum Sieg verholfen habe, habe sie dem Marxismus als Parteidoktrin abgeschworen und aufgehört, Sozialismus im Sinne einer Utopie als Religionsersatz anzusehen. An diesem Selbstverständnis ist sicherlich vieles richtig, nur kommt es bei der Frage der „VS“-Überwachung - zumindest im Falle von rechts - nicht (nur) auf das offizielle Programm und das dabei möglicherweise gemachte „Lippenbekenntnis“, sondern vor allem auf die „geheimen“ Zusätze an, die sich aufgrund der Verankerung in einer bedenklichen Tradition, Mentalität und Utopiesehnsucht wie von selbst ergeben. So steht über dem Programm von Godesberg bekanntlich das „etwas - sagen - wollende Augenzwinkern“ des SPD-Großstrategen *Herbert Wehner*<sup>116</sup> an den marxistischen Flügel: „Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für notwendig halten, wenn sie die Macht haben“, d.h. das offizielle Programm ist letztlich für das ideologische Selbstverständnis unwichtig, vielmehr kommt es darauf an: „wie kommen wir mit den Mitteln der Demokratie zum Sozialismus. Das entscheidende demokratische Mittel aber ist der Wahlsieg der SPD.“<sup>117</sup> Bei dieser Aussage stellt sich aber zwingend die Frage, ob

<sup>114</sup> So *Aly*, Hitlers Volksstaat, S. 15.

<sup>115</sup> So zusammenfassend *Silberner*, a. a. O., S. 294 f.

<sup>116</sup> So *Frederik*, a. a. O., S. 416 m. w. N.

<sup>117</sup> So *Herbert Wehner*, in: *Vorwärts* vom 04.12.1959.

„Sozialismus“ dabei die Überwindung der Demokratie ist oder deren „Vollendung“ darstellt: Oder ist diese Alternative im Wege der Hegelschen Dialektik „aufgehoben“?

Um das (gewissermaßen) „VS“-Konforme ihres Sozialismus auszudrücken, hat die SPD den durch Kommunismus und Nationalsozialismus (zumindest vorübergehend) zum Unwort gemachten „Sozialismus“ mit unterschiedlichen Adjektiven wie „freiheitlich“ oder „demokratisch“ versehen: Der „freiheitliche Sozialismus“ steht in einer bemerkenswerten Tradition, ist doch davon zuerst in Bezug auf *Johann Most* die Rede gewesen, dessen weitgehende Adaption der *Dühringschen* Theorien „gewissermaßen der erste Schritt vom autoritären zum freiheitlichen Sozialismus“<sup>118</sup> gewesen sein soll. Das Wort „demokratisch“ löst das Abgrenzungsproblem zur Verfassungsfeindlichkeit nicht wirklich, gesteht doch die „freiheitliche demokratische Grundordnung“<sup>119</sup> der (linksextremen) „Volksdemokratie“ durchaus die demokratische Legitimität zu, will sich von dieser jedoch entschieden abgrenzen. Maßgebend für „Godesberg“ ist der sog. „ethische Sozialismus“ geworden, der sich in den „Grundwerten des Sozialismus“ niederschlägt, wonach „der Mensch (sic!) seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft (sic!) verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit (sic!) mitwirken“ können soll. Als Hauptverantwortlicher für diesen „ethischen Sozialismus“ ist der gewissermaßen letzte SPD-Chefideologe *Willi Eichler* auszumachen, der einst als Nachfolger von *Leonard Nelson* als Vorsitzender des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes“ (ISK) fungiert hatte, einer der vielen linksradikalen Sekten, die sich in der Zwischenkriegszeit zwischen KPD, SPD und Dadaismus bewegt haben.

„Der ISK war die erste sich zur Linken bekennende ... und auf der Linken operierende Partei, die das Mehrheitsprinzip offen und grundsätzlich ablehnte und sich mit allem Nachdruck 'antidemokratisch' nannte“.<sup>120</sup> *Nelson* wollte an Stelle von Mehrheitsprinzip und Volkssouveränität einerseits und der außenpolitischen Unabhängigkeit andererseits die Verfassungsgerichtsbarkeit und die internationale Einbindung setzen, um seine „Ethik“ als maßgebend durchzusetzen. Was *Nelson* und seine Schüler - neben *Eichler* ist etwa der langjährige IG-Metall-Vorsitzende *Otto Brenner* zu nennen - in anerkennenswerter Selbsterkenntnis als „antidemokratisch“ ausgemacht hatten, würde *Eduard Bernstein*, der mit „Godesberg“ den ideologischen Sieg davon getragen hat, durchaus als von den Zeitumständen geforderte Ausprägung des Demokratieprinzips erkennen, hatte er doch selbst eine kulturphilosophische Standortbestimmung herausgegeben, nämlich von *David Koigen*, Kultur der Demokratie. Vom Geiste des volkstümlichen Humanismus und vom Geiste der Zeit, 1912, die für die demokratische Staatsform wenig Interesse zeigte, sondern sich für „das Demokratische“ als „Beherrschungs- und Bewertungsmethode des Lebens“ aussprach. „Das Demokratische“ „kann damit auf alle Lebensgebiete angewandt werden, aber zugleich im Gebiet der politischen Entscheidung eingeschränkt werden.“<sup>121</sup> Und nichts anderes bedeutet der **Begriff „Sozialdemokratie“**, d.h. der „Gesellschaftsdemokratie“, der sehr wohl **geeignet** ist, **Freiheit und Demokratie beschränkende Maßnahmen als „demokratisch“ auszugeben**. Dafür steht etwa der von der SPD als politisches Hauptanliegen eingeführte bundesdeutsche Sonderweg der Unternehmensmitbestimmung, die als Ersatz für die zur Zeit der Weimarer Republik geplante Totalsozialisierung steht, was nur durch erhebliche Eingriffe in Freiheitsrechte (Eigentums-, Gewerbe- und Vereinigungsfreiheit) als „Demokratisierung der Wirtschaft“ zu verwirklichen ist. Notwendigerweise läuft dann **„mehr Demokratie“ auf weniger Freiheit** hinaus. Die mit „Wirtschaftsdemokratie“ ursprünglich verfolgte Zielsetzung

<sup>118</sup> So *Rudolf Rocker*, *Johann Most. Das Leben eines Rebellen*, 1924, S. 56 f.

<sup>119</sup> S. die Begründung für diesen Begriff im Parlamentarischen Rat durch v. *Mangoldt*; es darf außerdem darauf hingewiesen werden, daß in Indien und Sri Lanka „demokratisch“ beim Sozialismus Synonym für „national“ ist.

<sup>120</sup> Nachweis bei *Schrenck-Notzing*, a. a. O., S. 105.

<sup>121</sup> S. ebenda, S. 85 f.

ist dabei letztlich auf die **Etablierung einer zum Staat parallel stehende Machtbildung der Gewerkschaften** gerichtet (gewesen). *Alfred Weber* hat dies auf einem Gewerkschaftskongreß dergestalt<sup>122</sup> zum Ausdruck gebracht, daß Staat und Gewerkschaft als „wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses“ (Godesberger Programm) parallele Integrationsprozesse verfolgten, wobei es auf das „Tempo des Fortschreitens“ ankomme. Bleibe der Staat zurück, dann müsse er sich den Forderungen der Gewerkschaften beugen, die diese auch durch außerparlamentarisches Vorgehen durchsetzen dürfen. „Die Demokratie ist danach keine Verfahrensweise, sondern ein inhaltlich fixiertes Ziel. Jeder, der diesem Ziel entgegenschreitet, ist damit von vornherein demokratisch legitimiert, jeder, der ihm widerstrebt, kriminalisiert, auch wenn er sich auf die ‚zufällige Mehrheit‘ stützt“.<sup>123</sup>

Es wird klar, daß in den „geheimen Zusätzen“ des Godesberger Programms weiterhin die Vorstellungen der *Bebel*-SPD aufscheinen. Damit werden die **Bekanntnisse zu den Freiheitsrechten** erheblich **entwertet**, weil diese doch nur unter bestimmten Umständen - so läßt sich schon die Einlassung von *Bernstein* verstehen - demokratisch sind, d.h. wenn man sie etwa dem Obrigkeitsstaat entgegenhält oder die „Demokraten“ in der Minderheit sind und von Freiheitsrechten profitieren wollen. Dabei ist der **Begriff der Demokratisierung** verräterisch, der sicherlich im „Obrigkeitsstaat“ seine Berechtigung hatte, aber in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (wie schon in der Weimarer Demokratie) als gänzlich verfehlt und **verfassungsfeindlich** angesehen werden müßte: Denn wie soll denn eigentlich die Demokratie „demokratisiert“ werden oder soll man die Bundesrepublik Deutschland doch nicht als solche anerkennen? (eine Bewertung, die im Falle von „rechts“ nach Ansicht von SPDlogen „Verfassungsfeindlichkeit“ zum Ausdruck bringt). Die „Steigerung von Demokratie“ (Demokratisierung) läuft dann doch auf die „totalitäre Demokratie“ hinaus.

Deren Kern besteht in der Annahme, „Nichtdemokraten“ zur Demokratieverwirklichung die Freiheitsrechte aberkennen und entsprechende Parteien verbieten zu müssen, da in der fortgeschrittenen Demokratie Freiheitsrechte nicht mehr die Bedeutung haben können, die sie zugunsten von Demokraten in der zurückgebliebenen Demokratie oder der Vor-Demokratie (Obrigkeitsstaat) haben mußten. Im Sozialismus transformiert man dann Grundrechte in „Werte“, macht sie dadurch - den Weg von der Menschenrechtserklärung zum *terreur* in der vorbildlichen Französischen Revolution imitierend - zu staatlichen Kompetenznormen und schließlich zu Strafnormen, die sich gegen politische Opposition einsetzen lassen. **Freiheitsrechte gelten** dann weiterhin, nur **nicht als Rechtsansprüche** von „Nichtdemokraten“, **sondern als Bekenntnisgehalte der Demokratiegläubigen**. Diese Ideo-Logik führt im Extremfall dazu, etwa den Gleichheitssatz so zu verstehen, daß er zur Vermeidung des strafrechtlich sanktionierten Diskriminierungsvorwurfs gebietet, die Einheitsliste der Demokraten zu wählen: Der Marxismus ist demnach in der SPD nicht überwunden, sondern feiert als „Kampf gegen Rechts“ mit seiner „Verbotsdiskussion“ als Beeinträchtigung des Mehrheitsprinzips und des Meinungspluralismus fröhliche Urstände!

## **SPD und die Gefährdung der Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland**

Es dürfte klar sein, daß diese „geheimen Zusätze“ zum SPD-Parteiprogramm, die das enthalten, was eine schon längere, offensichtlich **nicht überwundene**, schon gar **nicht bewältigte SPD-Tradition** hat, angesichts der politischen Bedeutung dieser Partei nicht ohne Auswirkungen auf die Situation der Bundesrepublik Deutschland bleiben können. Der Abfall

---

<sup>122</sup> S. ebenda, S. 125 f.

<sup>123</sup> S. ebenda, S. 126.

der Linken von der Demokratie, der durch nachhaltige Demokratiebekenntnisse kaschiert wird, hat sich schon zu Beginn der Bundesrepublik in der Aussage des hessischen Ministers *Zinn* (SPD) ausgedrückt: „Wir können es uns nicht leisten, uns auf die Massen zu stützen“,<sup>124</sup> weshalb etwa das Grundgesetz nicht einem Plebiszit unterworfen worden ist. „Man schneiderte für die Grundentscheidung des Abfalls von der Volkssouveränität immer neue zeitphilosophische Gewänder. Erst lieferte das 'Atomzeitalter', dann die 'zweite industrielle Revolution', die 'Automation', der 'Bildungsnotstand', die 'Friedenspolitik' den modischen Stoff.“<sup>125</sup> Seit längerem ist es die „Bewältigung“, die unterstellt, insbesondere die SPD hätte aus der „Vergangenheit“ Lehren gezogen, während das (deutsche) Volk, das einst naturgemäß Bezugspunkt der Demokraten gewesen ist, unter permanenten Faschismusverdacht gestellt und als rechtsextrem eingeordnet wird.

Dieses hält man in Übereinstimmung mit dem „ethischen Sozialismus“ des Gegners der Volkssouveränität und eigentlichen Vaters von „Godesberg“ (zumindest von dessen „geheimen“ Zusätzen), *Leonard Nelson*, in Schach, indem man die Deutschen der internationalen Einbindung unterwirft, d.h. aus dem Grundgesetz eine Art internationale Gemeindeordnung macht. Im Rahmen dieser quasi-gemeindlichen Selbstverwaltung, deren Entscheidungen unter dem Vorbehalt der Billigung durch internationale Gremien stehen, läßt man sich, um die Entwertung der Volkssouveränität zum Abschluß zu bringen, von der sonderweglich ausgebauten Verfassungsgerichtsbarkeit die „Werte“ vorgeben, mit denen man politische Feinde unter Faschismus-Verdacht stellen und deren Grundrechte - auch außerhalb des sonderweglichen Verfahrens nach Artikel 18 GG - faktisch aberkennen kann. Wenn Demokratie kein rechtsstaatlich definierbares, weitgehend ergebnisoffenes politisches Verfahren darstellt, sondern etwas, das inhaltlich determiniert ist und etwa zwingend die internationale Einbindungsbereitschaft, wie €-Untertänigkeit vorschreibt, dann **reduziert sich Demokratie auf ein demokratisches Bekenntnis**, dessen Inhalt jeweils aufgrund einer zeitgebundenen geistesgeschichtlichen Analyse - von SPD-Theoretikern etwa der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) - ermittelt wird: So ist derzeit etwa staatlich vorgegebene „Erinnerung“ mit „Verbotsdiskussion“ gegen konkurrierende Parteien „gelebte Verfassung.“<sup>126</sup>

Dieser **Verfassungskollektivismus**, der nicht nur den intimen Vorgang des „Erinnerns“ staatlich reglementieren will, sondern die Ausübung politischer Rechte vom Glauben an die von der SPD noch tolerierbar erscheinenden Ansichten abhängig macht, transformiert Demokratie in eine Herrschaftsform, die einer Theokratie ähnelt, wie letztlich schon *Nelson* postuliert hat. „Fortschrittliche Demokratie“ manifestiert sich dann in der Verfolgung der von der demokratisch gebotenen Einheitsmeinung abweichenden „Nichtdemokraten“. In der Bundesrepublik Deutschland heißt dies „Verfassungsschutz“, der „Mehr Demokratie wagen!“ (*Brandt*) mit „Radikalerlaß“<sup>127</sup> (bei Bedarf sogar gegen links) ausbuchstabiert. Seitdem es dabei eigentlich nur noch „gegen rechts“ geht, also etwa seit der Wiedervereinigung und des damit verbundenen Untergang des sozialistischen „allgemeinen Zuchthauses“ (*Bismarck*), ist dieser Art von „Verfassungsschutz“ **zum wesentlichsten Demokratisierungsanliegen der Sozialdemokratie geworden**. Die SPD-Aktivisten im amtlichen „VS“, die gleichzeitig bei parteipolitischen Vorfeldorganisationen wie *blick nach rechts* oder *FES* Feinde bekämpfen, schwingen sich dabei zu der von *Nelson*<sup>128</sup> postulierten „wahren unsichtbaren Kirche“ auf, „die ohne Dogmen und Zeremonien besteht und die allein von den Priestern der Wahrheit und

<sup>124</sup> S. *Peter H. Merkel*, *The Origin of the West German Republic*, 1963, S. 81.

<sup>125</sup> S. *Schrenck-Notzing*, a. a. O., S. 120.

<sup>126</sup> So Kanzler *Schröder* (SPD) bei einer der zahlreichen Bewältigungsveranstaltungen des Jahres 2005, s. *FAZ* vom 26.01.05.

<sup>127</sup> Zur insoweit berechtigten Kritik von links, s. *Manfred Histor*, *Willy Brandts vergessene Opfer. Geschichte und Statistik der politisch motivierten Berufsverbote in Westdeutschland 1971 - 1988*, 1989.

<sup>128</sup> S. *Leonhard Nelson*, *System der philosophischen Rechtslehre und Politik*, 1924, S. 608.

Gerechtigkeit verwaltet wird.“ Bei *Nelson* führt nämlich der Gleichheitsgedanke zu einer Elite der wahrhaft Erkennenden. Dementsprechend sollte das Entstehen einer die Bundesrepublik Deutschland zunehmend prägenden **sozialdemokratischen Verfassungsreligiosität** nicht verwundern, die zwar nicht mehr den „Sozialismus“ zum **Religionsersatz** macht, aber doch das auf ein sozialdemokratisches Vorverständnis reduziertes „**Grundgesetz**“. Dieser neo-sozialistische Religions- bzw. Theologieersatz, der mit „Vergangenheitsbewältigung“ auf den Begriff gebracht wird, gebietet dann die für „demokratisches Bekenntnis“ stehenden Tabus der *political correctness*, die der Sozialdemokratie weiterhin eine moralische Vorrangstellung vor konkurrierende politisch-weltanschauliche Strömungen sichern. Wenn SPD-Funktionäre etwa staatstheologisch vor der „Verlockung des Verdrängens“ schwadronieren, meinen sie ja nicht die Bewältigungsbedürftigkeit der Tatsache, daß sich *Hitler* nach den Erkenntnissen der Sopade schon 1935 hauptsächlich auf die Arbeiterschaft, d.h. die früheren SPD-Wähler stützen<sup>129</sup> konnte, sondern richten diese Bewältigungsaufforderung zur Unterminierung der politischen Chancengleichheit nur an andere und fühlen sich selbst dabei gar nicht angesprochen.

Als Beispiel für den **sozialdemokratischen Weltanschauungsstaat**, der sich hierbei ergibt, mag aus jüngerer Zeit die disziplinarrechtliche Verfolgung des Gymnasiallehrers *Karl-Heinz Schmick* durch den immerhin zwischenzeitlich abgewählten) Berliner Volksfrontsenat angeführt werden. Diese Verfolgung mit dem Ziel der Förderung der SPD-verursachter Arbeitslosigkeit steht für zahlreiche andere politische Diskriminierungsmaßnahmen, deren Ausmaß<sup>130</sup> die gegen SPD-Anhänger im Obrigkeitsstaat gerichteten vergleichbaren Maßnahmen zahlenmäßig bereits überschritten haben dürfte, wobei dies in der Bundesrepublik Deutschland unter „Demokratie“ läuft, die damit entschieden delegitimiert wird! Diesem Lehrer sollte ein Verbot des Diktatorenvergleichs (*Hitler - Stalin*) mit Sanktionsfolge Dienstentlassung<sup>131</sup> auferlegt werden, was das zuständige (sozialdemokratisch dominierte?) Verwaltungsgericht immerhin mit einer Gehaltskürzung von 10% für ein Jahr geahndet hat! Ideologiepolitisch läuft dies darauf hinaus, daß Volksfrontpolitik, die Vertreter des ehemaligen sozialistischen Zuchthauses an die Regierung bringt und die **Erosion der Abgrenzung von SPD und Linksextremismus deutlich** macht, als völlig legitim angesehen wird. Ja mehr noch: die (Ex?)Kommunisten dürfen ihre Demokratisierungs-Konzeption der Steigerung der Demokratie auch noch durch Verfolgungsmaßnahmen gegen harmlose „rechte“ Lehrer verwirklichen!

Die maßgeblichste Bedrohung der politischen Freiheit dürfte das von der SPD und des mit ihr verbündeten ideologischen Linksextremismus monopolisierte **Instrument des Antisemitismuskorwurfs** darstellen. Dieses Instrument hatte den wesentlichen Einstieg in die totalitäre Machtausübung des Sowjetregimes dargestellt, indem Volkskommissar (Minister) *Larin* zu Beginn des sowjetischen Terrorregimes dekretiert hatte: „Aktive Antisemiten sind für vogelfrei zu erklären, d.h. sie sind zur erschießen!“<sup>132</sup> In der ideologiepolitisch von der SPD dominierten Bundesrepublik Deutschland etabliert dieses Instrument nicht nur Vergleichsverbote zugunsten linksextremer Anliegen, sondern erlaubt der politischen Linken unter Einschluß des Linksextremismus und vor allem aus diesem hervorgegangenen 68ern, den wirklichen Neo-Nazis,<sup>133</sup> ihre politisch-ideologische Agenda der unverkennbar

<sup>129</sup> S. *Höhne*, a. a. O., S. 360.

<sup>130</sup> Vgl. nur die Zahlen strafgerichtlicher Verfahren wegen „Propagandadelikte“ im Beitrag von *Gisa Pahl* im Teil B. III des Hauptteils des vorliegenden Werkes: <http://links-enttarnt.net/?link=verfassungsschutz&id=8>

<sup>131</sup> S. Vergleichen verboten. Jedenfalls in der Untersekunda: Disziplinierung eines Lehrers, in: *FAZ* vom 29.06.2005, S. 39.

<sup>132</sup> S. bei *Alexander Solschenizyn*, „Zweihundert Jahre zusammen“. Die Juden in der Sowjetunion, 2003, S. 99.

<sup>133</sup> S. den Beitrag des Verfassers: Der Nationalsozialismus der 68er. Warum die „K-Gruppen“ als Quelle von Rot-Grün NS-Gruppen waren (s. S. 34 ff.): <http://ef-magazin.de/media/assets/pdf/ef053-screen.pdf#page34>



bestehenden rechtlichen<sup>134</sup> und vor allem weltanschaulichen<sup>135</sup> Privilegierung der entsprechenden Bevölkerungsgruppe anzupassen, um unter dem Vorwand von deren Schutz mittels ideologie-politischer Kombinationsstrategien („Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit ....“)<sup>136</sup> eine linke Agenda durchzusetzen: Wer etwa gegen massive Türkeneinwanderung durch eine bislang geplante EU-Mitgliedschaft der Türkei ist, wird durch diese Kombinationsstrategie zum „Antisemiten“ gemacht, der eigentlich vogelfrei ist, wenngleich es der „Toleranz“ von Demokraten noch geschuldet ist, daß man zu weniger weitreichenden Mitteln greift als den sowjetischen, wenngleich der Demokratisierungsslogan „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ die Steigerungsfähigkeit der politischen Diskriminierung deutlich macht, was ja den „VS“ eigentlich interessieren müßte. Im „Kampf gegen Rechts“ kann die SPD zeigen, daß sie vom Ex-Bolschewiken *Wehner* gelernt hat, wenn sie den Parteipluralismus durch Herabwürdigung von Menschen (die sie nur nicht als solche ansprechen will) zu „Scheiße“ macht und mit ähnlichen Fäkalausdrücken delegitimiert. Darin zeigt sich **pseudoreligiöser Haß**, weil „die Rechten“ wohl dafür verantwortlich sind, daß sich die überkommenen utopischen Sehnsüchte aus *Bebel*-Zeiten, selbst als „Grundgesetz“ einfach nicht verwirklichen.

Bekanntlich ist denn auch der linke Anti-Antisemitismus, der den politischen Gegner fast rassenkategorisch zum Unmenschlichen macht und deshalb gelegentlich zu einem rassistoiden Philosemitismus ausartet, nie selbstlos<sup>137</sup> gewesen und dementsprechend wird auch beim „**Kampf gegen Rechts**“, der **zunehmend das einzig genuin sozialdemokratische Politikfeld**<sup>138</sup> einer ansonsten wenig spezifisch sozialdemokratischen Politik darzustellen scheint, die ganze **Ambivalenz des traditionellen Anti-Antisemitismus der Sozialdemokratie** deutlich: Seine Definition des „Rechtsextremismus“ ist nämlich so angelegt, daß es kaum Schwierigkeiten bereitet, beim „Kampf gegen Rechts“ - wie es in der üblichen antipluralistischen Weise lautet (statt „rechtsextrem“, „rechtsradikal“, „rechtsextremistisch“) - einen latenten Antisemitismus zu entdecken, ja mehr noch: der **latente Antisemitismus**, der letztlich in der Bundesrepublik von Bedeutung ist, **besteht gerade im Vorwurf des Rechtsextremismus!** „Den Rechten“ wird nämlich, etwa mit der - ernst gemeinten! - Anschuldigung, Volk und die eigene Nation zum obersten Wert<sup>139</sup> zu machen (so wie es im demokratieadäquaten Dienst des Grundgesetzes steht), ideologisch *cum grano salis* zum Vorwurf gemacht, was seit der Antike<sup>140</sup> „den Juden“ angekreidet

<sup>134</sup> S. die Einschränkung der Straflosigkeit von Kollektivbeleidigung zugunsten von Juden bei BGHZ 75, 160, 163: „Dies hat der Bundesgerichtshof im Gegensatz zu seiner sonst einengenden Haltung gegenüber anderen Kollektivbeleidigungen bejaht“.

<sup>135</sup> Man könnte die Frage stellen, wieso Antisemitismus so schlimm sein soll, während eine Anti-Rechts-Einstellung trotz der massenmörderischen Erfahrung der chinesischen Kulturrevolution, die sich „gegen Rechts“ (Rechtsabweichler, Rechtsrevisionisten und dergl.) gerichtet hat, in der Bundesrepublik Deutschland bundesverdienstkreuzwürdig ist.

<sup>136</sup> Eigentlich müßte diese Kombination selbst als „antisemitisch“ bezeichnet werden, weil sie unterstellt, daß Juden etwas Fremdes seien.

<sup>137</sup> S. *Sonja Margolina*, Das Ende der Lügen. Rußland und Juden im 20. Jahrhundert, 1992, S. 71 hinsichtlich der „bolschewistischen Judophilie“.

<sup>138</sup> S. dazu insbesondere die *Leitlinien für den Umgang mit Rechtsextremisten*, die man nur als Anleitung zum Haß verstehen kann; es wird allerdings im Falle der SPD keine Verfahren wegen „Volksverhetzung“ geben!

<sup>139</sup> Vgl. die jüngere SPD-Kampfschrift mit dem bezeichnenden Demokratisierungstitel: Für eine starke Demokratie - Wirksam handeln gegen rechts!, S. 45: Die Ausschaltung einer gesamten politischen Strömung verstehen SPD-Ideologen als „Demokratie“! Die Verwandtschaft zur „Volksdemokratie“ ist wohl nicht zu verkennen, nicht wahr?

<sup>140</sup> „Die Griechen sahen die Ökumene, d. h. das zivilisierte Universum (im Gegensatz zum Chaos jenseits der Grenzen), in dem ihre Ideen die Oberhand hatten, als multirassische und multinationale Gesellschaft, und diejenigen, welche diese ablehnten (d.h. überwiegend die Juden, *Anm.*), waren Menschenfeinde“, s. *Paul Johnson*, A History of the Jews, 1987, S. 134; s. dazu auch den 6. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: Bundesdeutscher „Kampf gegen rechts“ als (latenter) Antisemitismus

<http://links-enttarnt.net/?link=kommantare&id=35>

worden ist und ihnen noch heute, insbesondere bei pro-israelischer Einstellung, jederzeit vorgeworfen werden<sup>141</sup> könnte. Man stelle sich nur vor, in den für das Judentum wohl weitgehend repräsentativen Auffassungen von *Salomon Korn*

„Nur die Gemeinschaft bietet Schutz, der Einzelne hat auf Dauer keine Chance“ „Ich engagiere mich für die Gemeinschaft, weil sie unabdingbare Grundlage meines Lebens ist“ „Das Motiv (zur Übernahme eines politischen Amtes, Anm.) liegt in der Geschichte meiner Familie und des jüdischen Volkes. Der Einsatz für die Gemeinschaft gehört seit biblischen Zeiten zu den Grundsätzen des Judentums“<sup>142</sup>

würde man statt „jüdisch“ oder „Judentum“ die Begriffe „deutsch“ und „Deutschtum“ setzen: Man hätte dann, in den Kategorien des SPD-dominierten „VS“ gesprochen, den typischen „Rechtsextremisten“, dem „völkischer Kollektivismus“ vorgeworfen wird, der die „Würde des Einzelnen“ unterminiere etc. pp. Die einzige Möglichkeit, den Widerspruch aufzulösen, daß bei einem Juden / Israeli gut sein soll, was bei einem „normalen“ Deutschen verfassungsböse ist, besteht in der Annahme, daß letzterem von der **SPD in einer antipluralistischen Weise demokratiefeindlich** eine politische Option aberkannt wird, die man bei anderen Völkern für selbstverständlich hält. Auch dieser **ideologepolitische Widersinn ist tief in der unbewältigten SPD-Historie verwurzelt**, wie an *Moses Hess* dargelegt werden kann. Der ideologische Lehrmeister von *Karl Marx* galt zu bestimmten Zeiten als der eigentliche Gründer<sup>143</sup> der deutschen Sozialdemokratie. Dieser „Kommunisten-Rabbi“ (so *Arnold Ruge*) sollte sich allerdings zu einem radikalen jüdisch-nationalen Sozialisten wandeln, der die Überzeugung zum Ausdruck brachte, daß der „Rassenkampf dem Klassenkampf“ vorgehe, weshalb er die Schaffung eines jüdischen Nationalstaates mit messianischer Verve erstrebte und somit zum anerkannten Vorläufer des Zionismus geworden ist: „Moses Hess, widely known and respected as one of the first socialists in Germany, subsequently revealed himself as an extreme Jewish racist, whose views about the pure Jewish race published in 1858 were not unlike comparable bilge about pure Aryan race. But the German socialists who struggled against German racism remained silent about their Jewish racism”<sup>144</sup>

Auch das **sozialdemokratische Kampfinstrument Antisemitismusvorwurf** offenbart mithin, was zur langjährigen sozialdemokratischen Verfolgung des Studienrates *Schmick* gesagt<sup>145</sup> worden ist, „der zwar kein Faschist sei, aber Faschismus betreibe“, nämlich „die faschistischen Wurzeln unseres Antifaschismus. Die Dialektik des 'Nie wieder' hat es in sich“: Der **Anti-Rechts-Kampf ist dementsprechend von einem latenten Antisemitismus geprägt**, weil „rechts“ in einer Weise definiert wird, daß damit jederzeit das Judentum verurteilt werden könnte. Die totalitäre Mentalität kommt etwa in der parteipolitischen Inpflichtnahme des freien Journalismus zum Ausdruck, wonach die verkündete Objektivität des Journalismus „im Dienste des Grundkonsenses unserer Verfassung“ „parteilich“<sup>146</sup> seine Grenze findet. Mit „unserer Verfassung“, die erkennbar für „rechts“, also für

<sup>141</sup> Was auch erklärt, wie schnell die Ex-SED wegen Israel-Kritik als Antisemiten vorgeführt werden konnten: [http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/antisemitismus-vorwuerfe-linksfraktion-muss-sich-stellen\\_aid\\_631160.html](http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/antisemitismus-vorwuerfe-linksfraktion-muss-sich-stellen_aid_631160.html)

<sup>142</sup> S. das Interview mit *Salomon Korn*, in: *Die Welt* vom 22.09. 2003: „Nur die Gemeinschaft bietet Schutz“.

<sup>143</sup> So *Zwi Rosen*, *Moses Hess und Karl Marx. Ein Beitrag zur Entstehung der Marxschen Theorie*, 1983, der auf S. 187 abschließt: „Mit Recht ließen deshalb seine Freunde in der SPD auf seinem Grabstein im Friedhof zu Deutz bei Köln die Inschrift einmeißeln: Hier ruht der Vater der deutschen Sozialdemokratie.“

<sup>144</sup> S. *Israel Shahak*, *Jewish History, Jewish Religion. The Weight of Three Thousand Years*, 1994, S. 30.

<sup>145</sup> S. den Leserbrief von Professor *Alexander Schuller*, *Dialektik des Antifaschismus*, in: *FAZ* vom 18.07.2005, S. 11.

<sup>146</sup> S. Nr. 13 der totalitären „Leitlinien für den Umgang mit Rechtsextremisten“.

Verbotskandidaten nicht ohne weiteres gelten soll (sie sind ja nicht Teil der „Demokratie unser“), ist ein auf sozialdemokratische Ideologieanliegen reduziertes „VS“-Grundgesetz gemeint, bei dem methodisch nicht die Garantie der Meinungsfreiheit nach Artikel 5 GG, wie er im Lichte des Artikels 118 WRV verstanden werden muß, maßgeblich ist, sondern Meinungsfreiheit methodisch entsprechend Artikel 27 der Ulbricht-Verfassung der DDR von 1968 praktiziert werden muß, der dieses für eine **freie Demokratie schlechthin konstituierende Recht** durch „Verfassungsprinzipien“ beschränkt, d.h. **für Nicht-Sozialisten abgeschafft** hat.

Diese „parteilichen“ Verfassungsprinzipien einer extrem durch den Erlaß etwa von Gleichstellungsgesetzen diskriminierenden Antidiskriminierungspolitik<sup>147</sup> ergeben sich aus einer rassistoiden „Vergangenheitsbewältigung“, die „rechts“ mit „Auschwitz“<sup>148</sup> (aber nicht „links“ mit „GULag“, politisch induziertem Massenhungertod und „allgemeinem Zuchthaus“) gleichsetzt und der Sozialdemokratie eine ideologie-politische Vorrangstellung einräumen soll, die zumindest informell der förmlichen Vorrangstellung der „Arbeiterpartei“ und ihrer Ideologie im DDR-Regime demokratisch entsprechen soll. Eine förmliche Imitation des DDR-Regimes wäre jedoch unvermeidbar Folge<sup>149</sup> der antiparlamentarischen Maßgabe, wonach „rechtsextreme Parlamentarier ... keine Politiker wie alle anderen“ sind „und ... auch nicht als solche behandelt werden“ dürfen. Wenn man sich aber vorstellt, daß diese Parlamentarier bei freien Wahlen (solange man diese zuläßt) und nicht durch „Verbotsdiskussionen“ (Verbotsdrohungen) und Verbotsverfahren wegverbietet, vom Volk vielleicht die Mehrheit bekommen könnten, muß diese SPD-Maßgabe notwendigerweise auf die Option „Volksdemokratie“ hinauslaufen, die ihre Diktatur unter Einschluß des „antifaschistischen Schutzwalls“ mit demokratischer Ideologie rechtfertigt, womit man wiederum zu den ideologischen Wurzeln der Sozialdemokratie zurückgekehrt wäre.

---

<sup>147</sup> S. zur Begründung der weltanschaulichen Diskriminierung beim Erlaß des Antidiskriminierungsgesetzes: [BT-Drucksache 16/2022 zu Nr. 4 Buchstabe a.\[hier klicken zur pdf-Version der Drucksache, die Stelle steht auf Seite 13\]](#)

<sup>148</sup> S. Nr. 1 der Leitlinien, die martialisch mit „sechzig Jahre nach Auschwitz“ beginnen, wonach man es wieder mit „Neonazis und Rechtsextremisten“ zu tun habe; die Aufzählung belegt, daß mit „Rechtsextremisten“ nicht (nur) „Neonazis“ gemeint sein können, d. h. man will mit „Auschwitz“ ein ganzes konkurrierendes politisches Spektrum ausschalten!

<sup>149</sup> S. Nr. 4 der Leitlinien: „Distanz halten!“

## Institutionelle Folgerungen

Die Betrachtung der Sozialdemokratie nach „VS“-Methodik macht wegen der ideologischen **Ambivalenz der SPD**, bei der **Antisemitismusvorwürfe mit latentem Antisemitismus** einhergeht und **Demokratieabfall mit demokratischen Bekenntnissen kaschiert** werden kann, die Dringlichkeit der Einlösung des Versprechens von Staatssekretär *Ritter von Lex* deutlich, der bei der Lesung des Bundesverfassungsschutzgesetzes argumentiert<sup>150</sup> hatte, „daß es für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes keine sakrosankten Bereiche geben dürfe. Im Rahmen ihrer prinzipiellen Aufgabenstellung gegenüber 'allen Feinden der Demokratie' dürften diese Behörden 'auch nicht davor zurückschrecken, in den Reihen der Regierungsparteien hineinzuleuchten.“ Dieses rechtsstaatlich zwingend gebotene Versprechen, das deswegen schon nicht besonders glaubwürdig ist, weil es ausdrücklich hervorgehoben<sup>151</sup> wurde, dürfte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, selbst im Spionagebereich nie wirklich eingelöst worden sein. Dabei ist doch offensichtlich, daß eine wirkliche Gefahr für den Bestand der Verfassungsordnung, von offenen und bewaffneten „Widerstandsgruppen“ abgesehen, die selbstverständlich polizeilich und sogar erforderlichen Falles militärisch zu bekämpfen sind, doch nur von etablierten politischen Kräften ausgehen kann, zu denen an prominenter Stelle die SPD gehört.

Die Einlösung des gebotenen Versprechens aus der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland setzt möglicherweise lediglich eine Änderung von § 43 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht (BVerfGG) voraus, der die Einleitung des Parteiverbotsverfahrens auf die Organe Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag beschränkt. Dadurch sichern sich etablierte politische Kräfte, die diese Organe beherrschen, selbst Verbotsimmunität. Im Sinne von Freiheitsgewährleistungen schutzbedürftig sind jedoch politische und weltanschauliche Gruppierungen, die in diesen Organen nicht (hinreichend) vertreten sind und daher Objekt einer zu Demokratisierungszwecken sozialdemokratisch initiierten „Verbotsdiskussion“ gemacht werden können. Daher ist der im Parlamentarischen Rat geäußerte Gedanke als Forderung aufzugreifen, daß auch konkurrierende Parteien zur Stellung des Parteiverbotsantrags berechtigt sind, d.h. es muß - *horrible dictu* - etwa der NPD gestattet sein, gegen die SPD einen Verbotsantrag wegen Beeinträchtigung des Parteienpluralismus bei dem für Parteiverbote zuständigen Bundesverfassungsgericht einzureichen. Nur dadurch kann im Parteienstaat eine Verfahrensgerechtigkeit hergestellt<sup>152</sup> werden. Dies hätte entweder zur Folge, daß die ideologiepolitische Verbotsbegründung des Bundesverfassungsgerichts, welche die bundesdeutschen Verbotssurrogate (VS-Eintragung, Verbotsdiskussion, beamtenrechtliche Diskriminierung etc. pp.) trägt, durch eine mit der westlichen Demokratie vereinbaren rechtsstaatlichen Demokratieschutzkonzeption aufgegeben wird, weil die davon abweichende bundesdeutsche VS-Konzeption insbesondere für die SPD aus den dargestellten Gründen zu riskant würde. Oder man könnte durch eine „Verbotsdiskussion“, die nach der gebotenen Gesetzesänderung zur **Demokratisierung des Parteiverbotsverfahrens** realistisch möglich werden würde, dafür sorgen, daß die latente Verfassungsfeindlichkeit, die man bei etablierten

---

<sup>150</sup> S. *Walter Imle*, Zwischen Vorbehalt und Erfordernis: Eine Studie zur Entstehung des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes nach 1945, 1984, S. 158.

<sup>151</sup> Es würden sich erhebliche Zweifel am Vorliegen rechtsstaatlicher Verhältnisse ergeben, wenn bei einer parlamentarischen Beratung der Strafgesetzgebung ausdrücklich hervorgehoben würde, daß Strafverfahren auch gegen Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien eingeleitet werden können, da sich dies wohl von selbst versteht.

<sup>152</sup> S. dazu den 1. Teil der Serie Parteiverbotskritik: „Verbotsdiskussion“ als Herrschaftsinstrument - Verfahrensungleichheit beim Parteiverbot als verfassungswidrige Vorwirkung des Parteiverbot <http://links-enttarnt.net/?link=kampfumsrecht&id=56>

Parteien, insbesondere bei der Sozialdemokratie, auch vermuten kann, in Schranken gehalten wird.

#### Hinweis:

Beim vorliegenden Text handelt es sich um eine überarbeitete Fassung von Kapitel C. V. des von *Josef Schußlburner / Hans-Helmuth Knütter* herausgegebenen „Alternativen Verfassungsschutzberichts“ mit dem Titel: Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen Alternativen Verfassungsschutz-Bericht. Die ursprüngliche Fassung des entsprechenden Kapitels ist in der Buchfassung auf den Seiten 475 bis 508 nachzulesen.

Eine maßgebliche Ergänzung zum vorliegend überarbeiteten Kapitel des Alternativen Verfassungsschutzberichts zur Sozialdemokratie stellt das Buch des Verfassers dar:

#### **Roter, brauner und grüner Sozialismus: Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus**

ISBN-10: 3939562254

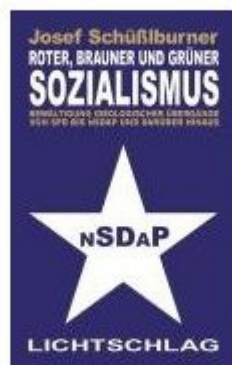
ISBN-13: 978-3939562252

Dieses Buch ist im März 2015 in unveränderter 3. Auflage wieder erschienen und nunmehr auch in einer Kindle-Edition für 6,99 € erhältlich.

[Bei Amazon bestellen](#)

Das Inhaltsverzeichnis dieses Werkes ist mit Leseproben zu entnehmen:

<http://lichtschlag-buchverlag.de/programm/JosefSchuesslburner/RoterbraunerundgruenerSozialismus/Inhalt>



Ergänzend zu diesem Buch, aber auch zu den Ausführungen des vorliegenden Textes können zur Erkenntnisfindung mit weiteren Nachweisen noch die Online-Beiträge des Verfassers konsultiert werden, die auf der Website [www.links-enttarnt.net](http://www.links-enttarnt.net) zur Sozialismus-Bewältigung unter der Rubrik „Analysen zur Linken“ veröffentlicht sind.

Zur Einführung in diese Serie s. <http://links-enttarnt.net/?link=kommentare&id=142>